

Brennpunkt

fév₁₅
nr. 287

Drëtt Welt



AUFTAKT IN DAS EUROPÄISCHE JAHR FÜR ENTWICKLUNG
SIGNATURE DE SIX ACCORD-CADRES ONG
RÜCKBLICK AUF DEN KLIMAGIPFEL IN LIMA
PARADIGMENWECHSEL IM ENTWICKLUNGSJAHR 2015?
TOGO: LA FAMILLE GNASSINGBÉ POUR TOUJOURS?

astm
ACTION SOLIDARITE TIERES MONDE



Édité par:
Action Solidarité Tiers Monde
55, avenue de la Liberté
L-1931 Luxembourg
Tél: 400 427-20
Fax: 400 427-27
e-mail: bpn@astm.lu
web: www.astm.lu

Responsable de la rédaction:
Marc Keup

Ont participé à ce numéro:
Gabriela Caceres, Jean Feyder,
Gabriele Köhler, Dietmar Mirkes,
Sunita Narain, Diego Arguedas Ortiz,
Jacqueline Rippert, Charel Schiltz,
Rainer Werning, Tobias Wildner,
Leehi Yona, ea.

Photo de couverture:
[flickr.com CC](https://www.flickr.com/photos/astm/)

Impression:
CA-Press Esch/Alzette.

Abonnements:
Jeanny Peffer
Tél: 400 427-63
e-mail: jeanny.peffer@astm.lu

Vous pouvez vous abonner à la revue Brennpunkt en versant 15 EUR (au Luxembourg) ou 25 EUR (à l'étranger) sur le compte CCP LU 71 1111 0102 3550 0000 (BIC : CCPLLULL) avec mention „abo bp3w“ en n'oubliant pas votre nom et adresse complète. Cet abonnement vous donne droit à 8 numéros. Le Brennpunkt Drëtt Welt apparaît 5 fois par an.

Reproduction/Nachdruck
La reproduction des articles est autorisée à condition que la source soit mentionnée. Der Nachdruck ist frei unter der Bedingung, dass die Quelle angegeben wird.

Réalisé grâce à un appui financier de la Coopération luxembourgeoise.
Les opinions représentées dans la présente publication n'engagent que leurs auteurs.

Éditorial

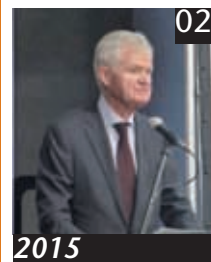
Prima Geschäftsklima in Lima..... 1

Luxembourg

Auftakt in das Europäische Jahr für Entwicklung..... 2
Un calendrier chargé pour 2015 4
ILO-Konvention 169: Sand im Getriebe..... 6
Signature de six accords-cadres..... 7
Entretien avec Gabriela Caceres 8
Jean Asselborn au Conseil exécutif de l'Union africaine..... 10
Kurznachrichten 11

International

Paradigmenwechsel im Entwicklungsjahr 2015?..... 12
La Famille Gnassingbé pour toujours ? 15
Klimagipfel in Lima: Die neue grüne warme Welt 17
Einflussnahme großer Ölkonzerne auf COP20 kritisiert 19
Indien muss seine Klima-Strategie ändern 20
Voyage d'étude sur l'agroécologie à Cuba..... 22
Cuba: A l'aube de temps nouveaux? 25
Philippinen: Im Sturmschatten der Soutane 28
Der Buddha mit der Baskenmütze 30
Livre: Retournez les fusils ! Choisir son camp.... 32
Rezension: By design or by disaster? 33
Le coin des lectures..... 36



2015

Das Europäische Jahr für Entwicklung wurde im Athenée eröffnet



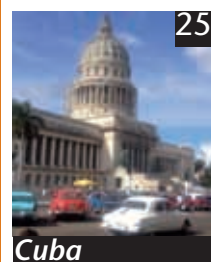
MAE-ONG

Six accord-cadres d'ONG ont été signés par le Ministre



Klima

Der Klimagipfel in Lima galt als wichtige Etappe zu einem Abkommen



Cuba

L'État insulaire est-il à l'aube de temps nouveaux?



Livre

Jean Ziegler a entièrement retravaillé son oeuvre de 1980

Le Brennpunkt Drëtt Welt est une revue luxembourgeoise, éditée par l'Action Solidarité Tiers Monde.

Prima Geschäftsklima in Lima

Da haben wir also wieder einen Klimagipfel gehabt, diesmal den 20ten, diesmal in Lima. Die wenigen greifbaren Ergebnisse kann man folgendermaßen resümieren: Es wird keine verbindlichen Reduktionsziele geben, die eine Erderwärmung um mehr als 2° C verhindern. Stattdessen wird jedes Land „beabsichtigte Minderungsbeiträge“ einreichen, die es abhängig von „nationalen Umständen“ selbst festlegt. De facto bedeutet das ein Aufweichen des Kernprinzips der Klimarahmen-Konvention der „gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung“, wonach die Industriestaaten bei der Bekämpfung des Klimawandels vorangehen müssen. Fortschritte gab es bei der Suche nach neuen Speichertechnologien für Kohlendioxid in Bäumen, Böden, leeren Flözen und Lagerstätten, Stagnation hingegen bei Menschenrechten und Partizipation.

Dass die Verantwortlichen trotzdem offiziell an dem 2°C-Ziel festhalten, mag man als Opportunismus oder Zynismus bezeichnen – es wird zum Mantra, das jeder der beteiligten politischen Akteure im Munde führt, woran aber nur noch wenige glauben. Die Klimagipfel werden – wie die reale Welt zu ihren Füßen – immer mehr von großen Konzernen und Finanzgruppen dominiert anstatt von Wissenschaftlern und Volksvertretern. Der Wegfall des Top-Down-Prinzips schwächt staatliche Vorgaben und vergrößert die Freiräume der Konzerne, während die Haushalte und Gestaltungsspielräume für Regierungen und die Einflussmöglichkeiten der Zivilgesellschaft so schnell schmelzen wie das Polareis. Die Klimagipfel sind auf dem besten Wege, zu Marketingveranstaltungen für neue „grüne“ Technologien zu verkommen. Die versprochenen 10 Milliarden US-Dollar für die Menschen in den Entwicklungsländern, damit sie sich besser an die zunehmenden und schleichenden Katastrophen anpassen und Emissionen reduzieren können, sind besser als gar nichts, aber Peanuts im Vergleich zu den Investitionen in die fossilen Brennstoffe.

Nach einer im Januar in der Zeitschrift „Nature“ veröffentlichten Studie des „UCL Institute for Sustainable Resources“ des University College London investierten die Energiekonzerne allein im letzten Jahr über 670 Milliarden US-Dollar in die Erkundung und Entwicklung neuer fossiler Brennstoff-Vorkommen. Im Gegenzug kommen die Londoner Forscher zum Schluss, dass weltweit ein Drittel aller Ölreserven, die Hälfte der Gasre-

serven, über 80% der Kohlereserven und alle Schieferöle und Teersande im Boden bleiben müssten, um die Erwärmung der Atmosphäre um mehr als 2°C zu verhindern.

Angesichts der oben genannten Summen darf man sich nicht wundern, wenn die Investoren alles daran setzen, dass das neue Klimaabkommen ihre Kerngeschäfte nicht stört, denn die investierten Gelder sollen ja nicht im Boden verschwinden, sondern gewinnbringend zurückfließen. Das 2°-Ziel darf da als Prinzip Hoffnung weiter aufrecht erhalten werden und für Ruhe im Publikum sorgen. Als Rettungsanker für das Weltklima stellen sie mittlerweile eine Art fossile Kreislaufwirtschaft in die Vitrine: die fossilen Brennstoffe können weiter unbeschränkt gefördert und verbrannt werden, weil man danach den Kohlenstoff wieder in der Biomasse speichern, verbrennen, abscheiden und dann in leergepumpten unterirdischen Kammern verstauen kann.

Dieses neue Geschäftsmodell braucht die Welt ebenso wenig wie den immer größeren Machtzuwachs der Konzerne auf allen Fronten. Wir brauchen eine Kreislaufwirtschaft, die von dezentralen erneuerbaren Energien angetrieben wird. Wir dürfen den Blockierern eines Klimaabkommens, das seinen Namen verdient, weder auf nationaler, auf EU- noch auf UN-Ebene das Feld überlassen. Wir müssen versuchen, ihnen im Rahmen der verbleibenden demokratischen Spielräume die Geldquellen zu verknappen. Gleich anfangen kann man bei der Beseitigung der öffentlichen Fördergelder an die Rohstoffkonzerne, denn laut der Organisation „Oil Change International“ subventionieren die Industriestaaten die Exploration neuer fossiler Brennstoffe im Schnitt mit 26,6 Milliarden US-Dollar pro Jahr. Aktionen wie aktuell der Global Divestment Day zielen da in die richtige Richtung.

Dietmar Mirkes, ASTM

Europäisches Jahr für Entwicklung

Auftakt in das Europäische Jahr für Entwicklung

Am 9. Januar wurde in Riga, Lettland, das Europäische Jahr für Entwicklung offiziell eröffnet. In Luxemburg wurde der Auftakt mit einem Festakt im hauptstädtischen Lycée Athenée begangen.

Marc Keup

Die „Europäischen Jahre“ werden von der EU seit 1983 ausgerufen und sollen die jeweiligen Themen verstärkt in den Mittelpunkt der Öffentlichkeit rücken. Das Jahr 2015 hat für die Kooperation eine große Bedeutung, da die im Jahr 2000 ausgerufenen Millennium-Entwicklungsziele auslaufen und im September eine neue Agenda zur nachhaltigen Entwicklung verabschiedet werden soll, so dass dieses Thema sich geradezu aufdrängte.

Demnach sollen in diesem Jahr unter dem „Unsere Welt, unsere Würde, unsere Zukunft“ in ganz Europa Veranstaltungen zum Thema Entwicklung stattfinden, um die Bevölkerung zu informieren und zu sensibilisieren. Zu diesem Zweck hat die EU-Kommission eigens eine Internetseite eingerichtet (europa.eu/eyd2015/), finanziert offizielle Veranstaltungen aber auch Aktivitäten von Nichtregierungsorganisationen. Ob damit tatsächlich eine breitere Öffentlichkeit erreicht werden kann, wird sich zeigen müssen.

Auftakt in Luxemburg

Auch in Luxemburg wird das Europäische Jahr für Entwicklung zu einer vermehrten Anzahl von Veranstaltungen zu diesem Thema führen, wahrscheinlich mehr noch als in anderen Ländern, da das Großherzogtum im zweiten Halbjahr die EU-Präsidentschaft übernimmt und dadurch eine gewisse Bringschuld hat. Als nationaler Botschafter, oder besser Schirmherr des Jahres, wurde Ben Fayot gewonnen. Der langjährige LSAP-Abgeordnete, der gerade erst in den Ruhestand getreten war, ist



Photo: ASTM

► Beim Auftakt in das Europäische Jahr für Entwicklung im hauptstädtischen Lycée Athenée waren nicht nur Schüler, sondern auch Repräsentanten der Partnerländer und ONG-Vertreter anwesend.

zweifelsohne eine gute Wahl. Als ehemaliger Präsident der außenpolitischen Kommission im Parlament ist er sehr gut mit der Thematik vertraut und kann wichtige Impulse einbringen. So hat er beispielsweise bereits klar geäußert, dass die geplanten Festlichkeiten keine Nabelschau der luxemburgischen Kooperation werden dürfe, sondern dass er sich auch eine politische Auseinandersetzung mit dem Thema wünsche.

Eröffnet wurde das Europäische Jahr für Entwicklung in Luxemburg durch einen Festakt im Lycée Athenée. Die Wahl dieses Ortes ist kein Zufall: Zum einen ist das Athenée schon seit Jahren in der Entwicklungsarbeit aktiv, zum anderen wollte man gleich zu Beginn die Jugendlichen mit einbinden. Begeisterung dürfte die Eröffnungszeremonie

bei letzteren jedoch nur bedingt ausgelöst haben.

Die rund 80 Schüler, die auf einer breiten Treppe sitzend der Veranstaltung beiwohnten, oder vielleicht auch beiwohnen mussten, sahen Schuldirektor Jos Salentiny, Kooperationsminister Romain Schneider, Schirmherr Ben Fayot, den Präsidenten des Cercle de Coopération Armand Drews, den Repräsentanten der Europäischen Kommission Guy Berg, sowie den Europaabgeordnete Charles Goerens nacheinander an das Rednerpult treten. Die einzelnen Beiträge enthielten durchaus interessante Elemente, spannender wäre das Programm jedoch gewesen, wenn die Jugendlichen die besagten Experten mit ihren Fragen hätten konfrontieren können. Immerhin wurden die Reihe

der Referate von kleinen Videobeiträgen unterbrochen, in denen ehemalige oder derzeitige Entwicklungshelfer über ihre Erfahrungen sprachen, und am Ende präsentierten die Schüler die Projekte der beiden ONGs des Gymnasiums auf den Kapverden und in Südafrika.

Eine breite Agenda

Das luxemburgische Programm für 2015 enthält eine ganze Reihe von kulturellen Events, Seminaren und Konferenzen (siehe Seite 4). Die meisten Veranstaltungen sind nicht neu und wurden nur mit dem entsprechenden Logo versehen. So steht beispielsweise das von den ONG seit Jahren organisierte Filmfestival „Cinéma du Sud“ in diesem Jahr im Zeichen des Europäischen Jahrs für Entwicklung und bietet eine Filmvorführung pro Monat an.

Die Highlights im Programm sind ein Seminar zu der Zukunft der Beziehungen zwischen der EU und den AKP-Staaten (Afrika-Karibik-Pazifik) Ende März, die alljährlichen „Assises de la Coopération“, die in Esch/Belval stattfinden werden, die „Semaine de la Solidarité“ des Cercle de Coopération im Mai, sowie eine Konferenz zu der Post-2015-Entwicklungsagenda im Dezember.

Das offizielle Programm enthält aber bei weitem nicht alle Events, die 2015 zu diesem Thema stattfinden werden. Vor allem die NGOs bieten das ganze Jahr über die verschiedensten Aktivitäten an, von Konferenzen über Workshops bis hin zu Ausstellungen.

Politische Bedeutung

Dieses ganze Programm dient natürlich in erster Linie dazu, eine breitere Öffentlichkeit über die wichtige Arbeit der internationalen Kooperation zu informieren und zu sensibilisieren. Daneben hat das Europäische Jahr für Entwicklung aber auch eine politische Bedeutung, vor allem in Zusammenhang mit der EU-Präsidentschaft, die Luxemburg am 1. Juli übernimmt. Das

Themenjahr bietet nämlich der luxemburgischen Regierung einen guten Anlass, die Anliegen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit in die einzelnen Fachministerräte einzubringen. So könnten z.B. im Rat der Agrar- oder Handelsminister der Einfluss dieser Politikfelder auf die Entwicklung der ärmeren Staaten besprochen werden.

Das Außenministerium hat bereits Schritte unternommen, um die anderen Ministerien dazu zu bringen, Entwicklungsfragen auf die jeweilige Tagesordnung zu setzen. Ob diese Absicht schlussendlich Erfolg hat, hängt natürlich auch von der Bereitschaft der einzelnen Minister ab. Es könnte jedoch, zumindest in der Theorie, die Frage der Politikkohärenz auf EU-Ebene voran bringen.

Dass die Politikkohärenz tatsächlich ein zentrales Thema in diesem Jahr werden soll, wurde nicht zuletzt bei der Eröffnungsfeier im Lycée Athenée deutlich. Gleich mehrere Redner forderten Fortschritte in diesem Bereich, zum Beispiel Ben Fayot. Er sagte diesbe-

züglich in seiner Ansprache: „Die Hilfeleistungen durch die Entwicklungsprojekte alleine reichen nicht aus. Die Politik muss mit dieser Solidarität Hand in Hand gehen. Eine isolierte solidarische Aktion genügt nicht, alle Aktionen müssen kohärent sein, um dieser Solidarität zu größerer Wirksamkeit zu verhelfen“. Auch Armand Drews ging auf die Politikkohärenz ein. Der Cercle de Coopération arbeitet schon seit vielen Jahren zu diesem Thema und wird auch 2015 an dieser politischen Priorität festhalten. ■

Marc Keup ist Mitglied der ASTM.



Caricature: ASTM

Année Européenne pour le Développement

Un calendrier chargé pour 2015

Pour l'Année européenne pour le développement 2015, le Ministère des Affaires Etrangères, le Cercle de Coopération et d'autres partenaires proposent une multitude d'événements. Retrouvez ci-dessous les moments phares de l'année.

11 mars

Cinéma du Sud. Projection du film „The E-Waste Tragedy”.

Lieu: Ciné Utopia / Limpertsberg

13-15 mars

Festival des Migrations: Stand et table ronde „La coopération entre le Cap-Vert et le Luxembourg - un exemple de coopération européenne avec les partenaires africains”.

Lieu: Luxexpo / Kirchberg

25 mars

Séminaire avec le Centre européen de gestion des politiques de développement (ECDPM) consacré aux relations entre l'UE et les pays ACP.

Lieu: Ministère du Développement durable

26-27 mars

Assises de la Coopération luxembourgeoise destinées aux acteurs du secteur de développement au Luxembourg.

Lieu: Esch/Beival

A partir d'avril

Citizen's Rallye: Tout le rallye sera consacré aux thèmes aide au développement et coopération.

Lieu: Luxembourg

08 avril

Cinéma du Sud. Projection Film suivi de débat.

Lieu: Ciné Utopia / Limpertsberg

20 avril

Evènement pour le secteur privé: Conférence consacrée au thème: „Les pays en développement; des opportunités pour le secteur privé luxembourgeois”.

Lieu: Chambre de Commerce

09 mai

Fête de l'Europe. Présence afin de sensibiliser à l'Année européenne pour le développement.

Lieu: Place d'Armes

13 mai

Cinéma du Sud. Projection du film „Kapus Kondyachi Goshta” suivi d'un débat.

Lieu: Ciné Utopia / Limpertsberg

19-21 mai

Semaine de la solidarité organisée par le Cercle de Coopération.

Lieu: Abbaye de Neumünster / Luxembourg-Grund.

20-21 mai

Echange de bonnes pratiques en éducation au développement Luxembourg-Lettonie.

Lieu: Centre d'Information Tiers Monde / Luxembourg-Gare

02-03 juin

European Development Days.

Lieu: Bruxelles

10 juin

Cinéma du Sud. Projection Film suivi de débat.

Lieu: Ciné Utopia / Limpertsberg

08 juillet

Cinéma du Sud. Projection Film suivi de débat.

Lieu: Ciné Utopia / Limpertsberg

11 juillet

Festival Meyouzik avec le village des ONG.

Lieu: Place Guillaume / Luxembourg

21-22 juillet

Journée luxembourgeoise à l'Expo Milano.

Lieu: Milan

25 juillet

Blues'n'Jazz Rallye avec un village de stands sur la coopération au développement.

Lieu: Luxembourg-Grund

09 septembre

Cinéma du Sud. Projection Film suivi de débat.

Lieu: Ciné Utopia / Limpertsberg

14 octobre

Cinéma du Sud. Projection Film suivi de débat.

Lieu: Ciné Utopia / Limpertsberg

20-21 octobre

Conférence consacrée aux thèmes audit et évaluation de projets de coopération.

Lieu: Cour des comptes européenne, Kirchberg

11 novembre

Cinéma du Sud. Projection Film suivi de débat.

Lieu: Ciné Utopia / Limpertsberg

19-20 novembre

Théâtre Forum „Inégalités“.

Lieu: Kulturfabrik Esch/Alzette

19 novembre

Semaine européenne de la microfinance (date à confirmer).

Lieu: A confirmer

28 novembre

Foire de l'étudiant, présence du MAEE pour informer sur l'AED ainsi que sur les opportunités de s'engager dans la coopération.

Lieu: Luxembourg-Kirchberg

07-08 décembre

Conférence sur la mise en oeuvre du nouveau cadre post 2015.

Lieu: Abbaye de Neumünster / Luxembourg-Grund

09-10 décembre

Réunion informelle des Ministres de la coopération et événement de clôture.

Lieu: Luxembourg-Kirchberg et Abbaye de Neumünster / Luxembourg-Grund

ILO-Konvention 169

Sand im Getriebe

Im April 2014 beteuerte Außenminister Asselborn gegenüber dem Parlament, dass das Großherzogtum demnächst die internationale Konvention zum Schutz der indigenen Bevölkerungen ratifizieren werde. Doch der Prozess wurde mittlerweile auf Eis gelegt - von Beamten des Arbeitsministeriums.

Marc Keup

Bereits 2012 hatte die Chambre des Députés einstimmig eine Motion verabschiedet, welche die Regierung auffordert, die Ratifizierung der ILO-Konvention 169 in die Wege zu leiten. Diese Konvention der International Labor Organisation (ILO) ist die bislang einzige völkerrechtlich verbindliche Norm und damit das stärkste internationale Rechtsinstrument zum Schutz indigener und in Stämmen lebender Völker. In der Regel zählen diese Völker zu den ärmsten Gruppen in ihren Staaten und sind Opfer von Ausbeutung, Unterdrückung und Diskriminierung. Vielfach werden ihre Lebensgrundlagen durch den Abbau von Rohstoffen, den Bau von Staudämmen, die Ausbreitung von Monokulturen oder ähnliche große Projekte bedroht. Die Konvention erkennt die kollektiven Landrechte indigener Völker und ihr Recht auf selbstbestimmte Entwicklung an. Sie sieht auch vor, dass staatliche und private Akteure die Indigenen konsultieren und ihre Einwilligung einholen müssen, wenn sie größere Projekte auf ihrem Territorium planen.

Da Luxemburg selbst keine indigene Bevölkerungsgruppe hat, liegt der Hauptwert einer Ratifizierung durch das Großherzogtum darin, das Gewicht dieser Konvention international zu stärken. Je mehr Länder die Konvention ratifiziert haben, desto schwieriger ist es, sie abzuändern oder aufzuweichen. Außerdem würde damit das Ansehen Luxemburgs im Ausland gestärkt, da eine Ratifizierung signalisiert, dass das Land dem Schutz der Menschenrechte eine große Bedeutung beimisst.



Photo: flickr.com CC

► Für die Indigenen in Lateinamerika ist die ILO-Konvention 169 von zentraler Bedeutung.

Ratifizierung auf Eis gelegt

Eigentlich hätte die Motion des Parlaments im Juni 2012 Bewegung in die Sache bringen müssen, doch eineinhalb Jahre später lag die Konvention den Abgeordneten immer noch nicht vor. Die Untätigkeit der Regierung veranlasste zu diesem Zeitpunkt den Abgeordneten Marc Angel dazu, eine parlamentarische Anfrage an Außenminister Asselborn zu stellen. Dieser antwortete einen Monat später im April 2014 mit einer glasklaren Ansage: Der Ratifizierungsprozess stoße auf keinerlei Probleme und das Gesetzesprojekt würde dem Parlament in Kürze vorgelegt werden.

Dazu kam es jedoch nicht, wieder gingen einige Monate ohne Reaktion ins Land. Auf mehrfache Nachfrage einiger NGOs kam schließlich aus dem Ministerium für Arbeit, das letzten Endes für die ILO-Konventionen zuständig ist, im Dezember 2014 die Antwort eines Beamten: Die Ratifizierung der Konvention 169 habe derzeit keine Priorität und sei auf Eis gelegt. Begründet wurde diese

Entscheidung mit einer kleinen internen Notiz, gerademal 270 Wörter lang, die im Wesentlichen besagt, Luxemburg habe ja keine indigenen Bevölkerungsgruppen auf seinem Territorium und eine Ratifizierung sei deshalb auch nicht sinnvoll.

Es bedurfte also nur einer kurzsichtigen Notiz einiger Beamte im Arbeitsministerium, die im Übrigen auch noch faktische Fehler enthält, um den Willen des Parlaments zu unterlaufen. Ob das Außenministerium, das sich der diplomatischen Bedeutung der Konvention bewusst sein dürfte und eigentlich das Wort ihres Ministers verteidigen müsste, gegen diese Vorgangsweise Protest eingelegt hat, entzieht sich unserer Kenntnis. Protestiert haben jedenfalls die NGOs mit einem Brief, der Mitte Dezember an die zwei zuständigen Minister Asselborn und Schmit abgeschickt wurde. Eine Antwort auf dieses Schreiben gab es bislang nicht. ■

Marc Keup ist Mitglied der ASTM.

Coopération luxembourgeoise

Signature de six accords-cadres

Lors de la conférence de presse qui a eu lieu le 22 janvier 2015 à la Direction de la coopération au développement, le ministre de la Coopération et de l'Action humanitaire, Romain Schneider a signé cinq accords-cadres et la convention avec le Cercle de coopération des ONG de développement.

En effet, en 2015 la conclusion de six nouveaux accords-cadres a été programmée avec les organisations non gouvernementales suivantes : Action Solidarité Tiers Monde (ASTM), Guiden a Scouten fir ENG Welt, Objectif Tiers Monde Haïti (OTM), Fondation Bridderlech Deelen – Fondation Caritas Luxembourg, ONGD-FNEL (FNEL) et Frères des Hommes (FDH) dont la convention sera signée ultérieurement en 2015.

Ces 6 accords-cadres représentent une contribution totale du Ministère de 13.830.791,21 euros couvrant la période 2015-2019.

Les projets qui seront mis en œuvre suite à cette signature des accords-cadres sont localisés dans 11 pays en Amérique centrale et latine (Bolivie, Equateur, Honduras, Pérou, Guatemala, El Salvador, Haïti, Colombie, Brésil, Népal, Nicaragua), 2 en Asie (Inde, Philippines), 2 pays au Moyen-Orient

(Territoires palestiniens, Syrie) et 6 en Afrique (Sénégal, Niger, RD Congo, Burundi, Afrique du Sud, Burkina Faso).

Les actions des ONG signataires seront axées sur les thématiques suivantes : le développement local intégré, la promotion de la paix, le renforcement des capacités, l'éducation, la santé et la prévention, l'atténuation de l'impact social du VIH/Sida, la formation professionnelle, le développement rural et la sécurité et souveraineté alimentaire.

Cette séance de signature était également l'occasion pour le Ministère de signer la convention annuelle avec le Cercle de coopération des ONG de développement pour l'année 2015.

Se basant sur le nouveau plan stratégique 2015-2019, le programme de travail du Cercle de coopération pour l'année en cours, se décline en 4 missions :

Mission 1 : Dynamiser la vie associ-

ative au sein du Cercle

Mission 2 : Promouvoir des bonnes pratiques dans le secteur de la coopération internationale

Mission 3 : Représenter ses membres et défendre un développement juste et durable

Mission 4 : Sensibiliser le grand public aux problématiques et enjeux de la Coopération internationale, en complémentarité avec ses membres

Pour réaliser ces actions le Ministère participe à hauteur de 344.473 euros au budget 2015 du Cercle.

Lors de cet événement, il a été rappelé que la Coopération luxembourgeoise est l'une des coopérations qui réserve une grande partie de son aide publique au développement pour les ONG. ■

Communiqué par le Ministère des Affaires étrangères et européennes



Photo: MAEE

► Cinq accords-cadres et la convention avec le Cercle de Coopération ont été signés le 22 janvier.

Entretien avec Gabriela Caceres

„Nous n’essayons pas d’imposer ni une thématique, ni une approche.“

L’ASTM a signé un nouvel accord-cadre avec le Ministère des Affaires Etrangères, qui porte sur le cofinancement des projets en Asie et en Amérique latine pour la période 2015 à 2020. Dans un entretien, la responsable de l’ASTM pour les projets en Amérique latine, Gabriela Caceres, explique la stratégie sous-jacente.

■ *Le 22 janvier de cette année, l’ASTM a signé un nouvel accord-cadre pour ses projets en Asie et en Amérique latine avec le Ministère des Affaires Etrangères. Déjà, c’est quoi un accord-cadre ?*

Un accord-cadre est une modalité de cofinancement proposé par le Ministère qui nous permet de financer une série d’initiatives sur une période de cinq ans qui suivent tous une même logique. Au lieu de faire cofinancer chaque projet séparément, nous entrons une demande pluriannuelle avec un programme comprenant un certain nombre de projets.

■ *Dans le cas du présent accord-cadre, quelle est cette logique commune ?*

Dans l’accord signé, nous misons sur le renforcement des partenariats avec les organisations du Sud avec lesquels nous travaillons, surtout dans une logique de renforcement des capacités. Cela veut dire concrètement que nous essayons de les aider à renforcer leur fonctionnement ou leurs capacités de gestion, mais également leur capacité d’analyse et d’action politique. Ce n’est pas une stratégie entièrement nouvelle, puisque nous avons déjà travaillé sur la même idée dans le passé. Mais dans cet accord-cadre, nous voulons l’approfondir et faire ce travail de manière plus systématique.

■ *Pourquoi pensez-vous que c’est la bonne stratégie ?*

Avec le renforcement des capacités de nos partenaires, nous essayons



Photo: ASTM

► Gabriela Caceres, responsable ASTM des projets en Amérique latine.

d’augmenter leurs possibilités d’agir sur leur réalité respective, de fournir des services aux populations bénéficiaires, par exemple dans le secteur de la santé ou de l’éducation, mais aussi d’articuler des demandes politiques. Souvent, l’action de nos partenaires se fait en concertation avec les actions de l’Etat, mais celui-ci n’est pas toujours en mesure de répondre à la demande. Le travail de nos partenaires consiste donc à faire remonter les demandes de la population vers les institutions étatiques et de les pousser à agir. Nous sommes aujourd’hui face à un changement profond dans la manière de faire de la coopération internationale, parce que les conditions dans les pays deviennent plus complexes. Ce qu’on entend de nos

partenaires, c’est que les organisations de la société civile ont le besoin de se constituer de manière plus solide, de ne pas fonctionner de manière ponctuelle, mais de manière permanente. Ils expriment aussi le besoin d’agir en réseau et de manière concertée avec d’autres organisations.

■ *Pouvez-vous nous donner un exemple ?*

Nous venons de faire une analyse de vingt ans de collaboration avec notre partenaire ISD (Iniciativa Social para la Democracia) au Salvador. Cette analyse montre comment le travail de l’ISD a pu évoluer durant cette période et comment l’ASTM a contribué de façon concrète à

ce changement. Les résultats de cette analyse sont très satisfaisants et nous en tirons des conclusions pour nos partenariats avec d'autres organisations. Par exemple, un enseignement est qu'il est primordial d'avoir une maîtrise profonde du contexte socio-politique dans lequel le partenaire évolue ou de respecter les processus internes du partenaire.

■ *Dans quels domaines travaillent les organisations partenaires de l'ASTM ?*

Les organisations que nous soutenons traitent beaucoup de sujets ou de problématiques différents, lesquels répondent à des besoins spécifiques sur le terrain. Nous n'essayons pas d'imposer ni une thématique, ni une approche. Ce qui importe, c'est leur capacité de s'organiser et de fournir un travail efficace. Nous voyons qu'il n'y a que la société civile qui peut réellement défendre les intérêts des populations les plus marginalisées. Les acteurs politiques et les acteurs du secteur privé ont leur propre logique. Si la société civile dans un pays est faible, la possibilité pour les plus démunis de faire entendre leur voix est pratiquement inexistante.

■ *Ce nouvel accord-cadre, combien de pays couvre-t-il ?*

En tout, cet accord-cadre finance le travail avec plus de 20 partenaires dans 9 pays. Il s'agit de l'Inde et des Philippines en Asie, de la Palestine au Proche-Orient, ainsi que de trois pays en Amérique centrale et trois pays en Amérique du Sud.

■ *L'ASTM travaille donc aussi dans des pays à revenu intermédiaire, voire dans des pays émergents. Or, les bailleurs de fonds poussent les ONG de plus en plus à concentrer leur travail dans les pays les plus pauvres...*

Nous ne pensons pas que cela soit une bonne approche, parce qu'on ne peut pas donner des solutions simples à

des problèmes complexes. Il est important d'être à l'écoute des mouvements sociaux dans tous les pays du Sud et de décider au cas par cas si une action fait du sens ou non. On ne peut pas exclure de manière forfaitaire des pays entiers uniquement sur base d'une analyse macro-économique qu'on fait depuis un bureau ici en Europe. Nous constatons qu'il y a d'énormes inégalités dans les pays à revenu moyen et qu'il existe dans ces pays des populations qui vivent dans des conditions exécrables. D'ailleurs, ces inégalités à l'intérieur des pays ne cessent d'augmenter et cela n'est pas un hasard. Laisser ces populations à l'abandon uniquement parce que le produit intérieur brut de leur Etat a franchi un certain seuil est tout simplement irresponsable. Aussi, le travail sur certains sujets ne va jamais trouver un financement à l'intérieur d'un pays. Une organisation qui porte par exemple un regard critique sur la politique du gouvernement en matière de santé, aura des difficultés d'avoir de l'argent de la part de ce même gouvernement. Que

le gouvernement soit de gauche ou de droite, que le pays soit très pauvre ou moins pauvre, ce constat reste toujours le même.

■ *Si le constat de base est le même dans différents pays, ne faudrait-il pas renforcer la concertation entre acteurs de la société civile ?*

C'est précisément ce que nous avons prévu. Nous avons réservé une ligne budgétaire spéciale pour le renforcement des synergies, c'est-à-dire pour favoriser l'échange entre des organisations de différents pays. Elle nous permet par exemple d'organiser des rencontres entre nos partenaires qui travaillent sur des sujets semblables. Ces événements sont des moments très riches en apprentissage collectif, pas uniquement pour nos partenaires, mais également pour nous. ■

Propos recueillis par Marc Keup (ASTM).



► Rencontre entre sept partenaires de l'ASTM en décembre 2014 au Guatemala.

Diplomatie

Jean Asselborn au Conseil exécutif de l'Union africaine à Addis-Abeba

Le ministre des Affaires étrangères et européennes du Luxembourg, Jean Asselborn, s'est rendu à Addis-Abeba, en Ethiopie, les lundi 27 et mardi 28 janvier 2014, pour assister à la 24ème session ordinaire du Conseil exécutif de l'Union africaine qui regroupe 54 Etats africains.

La visite de travail du ministre Asselborn en Ethiopie, ville siège de l'Union africaine (UA), s'inscrit dans la volonté du Grand-Duché de continuer à œuvrer en faveur du renforcement des relations politico-diplomatiques, économiques et culturelles avec le continent africain. „Même s'il n'est plus membre du Conseil de sécurité, le Luxembourg poursuivra son engagement en faveur de la résolution des conflits sur le continent africain, que ce soit au niveau multilatéral, en soutenant les efforts de l'Union africaine et de l'Union européenne, ou au niveau bilatéral“ a souligné le chef de la diplomatie luxembourgeoise.

Durant sa visite à Addis-Abeba, le ministre Asselborn a multiplié les contacts auprès des hauts responsables de pays africains et de l'Union africaine. Il a ainsi été reçu par le ministre des Affaires étrangères de l'Ethiopie, Teodoros Adhanom Ghebreyesus, et a conduit des entretiens bilatéraux avec le ministre des Affaires étrangères du Mali, Abdoulaye Diop, de la Libye, Mohamed El Dairy, de l'Algérie, Ramtane Lamamra, de l'Angola, George Chicoty et de la Mauritanie. Il a également rencontré le ministre délégué à la coopération régionale du Burkina Faso, Moussa Nebie, et la ministre délégué du Niger, Mme Moussa.

L'approfondissement des relations bilatérales, en particulier dans le domaine économique, ont fait l'objet de pourparlers. Les rencontres ont également permis de recueillir le point de vue africain sur les grands dossiers de l'actualité politique régionale et internationale.



Photo: MAEE

► Jean Asselborn avec le ministre des Affaires étrangères de la Mauritanie, Vatma Vall Mint Soueina.

Les ministres ont notamment eu des échanges de vues sur la grave menace que représente le terrorisme pour toute la sous-région dont aussi Boko-Haram. Ils ont fait le point sur les efforts à entreprendre pour contrer la progression des groupes terroristes et leur idéologie ainsi que sur les moyens à mettre en place pour répondre aux défis humanitaires engendrés par le déplacement de milliers de personnes et de réfugiés fuyant ce fléau.

Alors que la situation sécuritaire ne cesse de se dégrader en Libye, le ministre Asselborn a insisté sur l'importance de soutenir les efforts de médiation à Genève du Représentant spécial du

Secrétaire général des Nations unies, Bernardino Leon.

Les entretiens ont également permis d'aborder en profondeur les derniers développements au Mali et en République centrafricaine ainsi la transition initiée au Burkina Faso et la tenue prochaine des élections en République démocratique du Congo.

Enfin, l'épidémie d'Ebola a fait l'objet des échanges que le ministre a eu avec certains de ses collègues africains. ■

Communiqué par le Ministère des Affaires étrangères et européennes

Lutte contre le Sida: Le Luxembourg parraine

Le Luxembourg a accepté de devenir le parrain de la nouvelle initiative de traitement du VIH de ONUSIDA nommée „90-90-90“. Elle prévoit que d'ici 2020 90% des personnes infectées par le VIH connaissent leur statut sérologique, 90 % des personnes dépistées soient sous traitement et 90 % des personnes

sous traitement aient une charge virale durablement supprimée. En tant que parrain, le Luxembourg s'est engagé à promouvoir ces objectifs à tous les niveaux. Le pays présidera également un nombre de réunions thématiques sur différents sujets à Genève qui donneront lieu à des recommandations.



Photo: UN-Photo

Aide humanitaire: emergency.lu prolongé

Le 19 décembre 2014, le ministre de la Coopération Romain Schneider a signé le contrat de prolongation du projet „emergency.lu“, à la Direction de la coopération avec les partenaires privés HITEC Luxembourg, SES TechCom et Luxembourg Air Ambulance. Il s'agit d'un système mobile de télécommuni-

cation par satellite, déployable par voie aérienne en cas de catastrophe humanitaire. Le projet „emergency.lu“ est financé via le Fonds de la coopération et disposera d'un budget de 24 millions d'euros pour les années 2015 à 2020, ce qui équivaut à 4 millions d'euros par an en moyenne, taxes comprises.



Photo: wfp.org

Festival: Cinéma du Sud sur toute une année

En 2015, Année Européenne pour le Développement, les projections auront lieu chaque 2e mercredi du mois à partir de 18h30 au ciné Utopia. En 2015, le festival Cinéma du Sud abordera les objectifs pour le développement durable. A l'affiche se trouveront des films qui aborderont ce sujet à travers

des thèmes comme la consommation, la paix, l'emploi, l'éducation, le genre, la biodiversité, l'eau, l'inégalité, la faim ou le changement climatique. Chaque projection sera suivie par un échange avec le public en présence d'un expert. Pour plus d'informations, consultez le site Internet www.cinemadusud.lu/.



Photo: cinemadusud.lu

Agriculture: Les OGM resteront interdits

Le Parlement européen a adopté le 13 janvier une révision de la directive relative à la dissémination volontaire d'organismes génétiquement modifiés (OGM) dans l'environnement. Dans ce cadre, la ministre de la Santé, Lydia Mutsch, la ministre de l'Environnement, Carole Dieschbourg, et le ministre de l'Agriculture, Fernand

Etgen, ont tenu à préciser que la nouvelle directive n'affectera pas la position très critique du gouvernement face à la dissémination des OGM: la culture des OGM restera interdite au Luxembourg. La nouvelle directive donne à chaque pays la possibilité d'interdire la culture d'un OGM ou d'un groupe d'OGM sur son territoire.



Photo: flickr.com

Post-2015-Entwicklungsagenda

Paradigmenwechsel im Entwicklungsjahr 2015?

Vier parallele, aber zusammenhängende Verhandlungsprozesse gibt es derzeit auf multilateraler Ebene: der zu einer Post-2015-Entwicklungsagenda, der für ein neues Klimaschutzabkommen, eine Aktualisierung der Frauen-Agenda und ein neuer Anlauf unter dem Motto „Finanzierung für Entwicklung“. Gleichzeitig gehen die Anstrengungen weiter, die Millennium-Entwicklungsziele (MDGs) doch noch zu erreichen. Wenn alles gut geht, könnte es bis Dezember 2015 eine einheitliche globale Agenda für nachhaltige Entwicklung geben. Wenn nicht, wird sich die Situation weiter verschlechtern

Gabriele Köhler

Mindestens 2,2 Milliarden Menschen sind nach dem UNDP-Index von multidimensionaler Armut betroffen und wahrscheinlich eine Milliarde von Hunger. Die Ungleichheit bei Einkommen, Vermögen und Gesundheitsversorgung wächst ständig. Es gibt gegenwärtig 40 Millionen Flüchtlinge, die in akuter Not sind. Die Erde leidet unter einem möglicherweise irreversiblen Klimawandel und dem Verlust an biologischer Vielfalt – beides durch Mensch und System gemacht.

Auf der Suche nach dem vielgerühmten Paradigmenwechsel

Die internationale Gemeinschaft und die Vereinten Nationen haben für die neue Entwicklungsrunde einen Paradigmenwechsel versprochen. Und sicherlich – gewisse inhaltliche Fortschritte sind unübersehbar. Die vorgeschlagenen 17 Nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals - SDGs), die in langwierigen Verhandlungen von der Open Working Group (OWG) und den neun Major Groups entworfen wurden, sind weit umfassender als die MDGs. Menschenrechte, Governancefragen, Umwelt und wirtschaftliche und soziale Entwicklung werden als zusammenhängend anerkannt – in einer Weise, wie sie vor Jahrzehnten von der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte intendiert war.

Gegenüber den MDGs gibt es Verbesserungen in zweierlei Hinsicht: Erstens



Photo: flickr.com CC

► Welche Welt werden die zukünftigen Generationen vorfinden? Die Post-2015-Agenda versucht die internationale Gemeinschaft auf den Weg der globalen Nachhaltigkeit zu bringen.

sind die sozialen Dimensionen von Entwicklung wie Bildung und Gesundheitsversorgung in einer stärker rechteorientierten Weise formuliert – weg von einer bloß quantitativen, anteiligen Erhöhung, hin zur Universalisierung des Zugangs. Zweitens gibt es eine thematische Erweiterung über die soziale Entwicklung hinaus in Politikbereiche, die die Bedeutung von Industrialisierung – besser sollte man vielleicht von Industriepolitik reden – und Produktivität behandeln. Der SDG-Entwurf bezieht sich auf Wertschöpfungsketten und die Notwendigkeit, den geschaffenen Mehrwert innerhalb der produzierenden Volkswirtschaft zu halten. Politische

Rechte und Good Governance sind eigenständige Ziele. Aufbauend auf dem Ergebnis von Rio+20 gibt es mehrere spezielle Ziele zum Klimawandel und zu Umwelt. Die beiden herausragenden Ziele sind der Ruf nach Gleichheit innerhalb und zwischen Ländern und nach nachhaltigen Produktions- und Konsumstrukturen.

Der Synthese-Bericht Ban Ki-moons

Anfang Dezember 2014 veröffentlichten die UN dann den Synthese-Bericht des Generalsekretärs, der die nächste Runde der Verhandlungen begleiten soll.

Seiner Veröffentlichung ging ein großer Hype voraus: Würde er radikal genug ausfallen und über den OWG-Entwurf hinausgehen, würde der Generalsekretär Analysen, politische Führung und Inspiration anbieten?

Der Synthese-Bericht enthält einige ermutigende Vorschläge für:

- menschwürdige („decent“) Jobs (§ 45, 54, 72)
- Arbeitsrechte für alle (§ 50)
- sozialen Schutz (§ 50) und einen Sockel sozialer Grundsicherung (§ 91)
- die Überwindung sozialer Exklusion (§ 91)
- die Rolle öffentlicher Finanzen (§ 90) und die Verantwortung des Staates für öffentliche Güter (§ 108)
- die Steigerung der Öffentlichen Entwicklungshilfsgelder (ODA; § 90)
- mehr Konzilianz der Internationalen Finanzinstitutionen
- eine bessere internationale Koordination der makroökonomischen Politik der wichtigsten Volkswirtschaften; antizyklisches makroökonomisches Management (§ 113)
- die Bekämpfung illegitimer Finanzflüsse (§ 115)
- die Verbesserung des Steuersystems (z.B. Finanztransaktionssteuer, CO2-Steuern, Flugticket-Abgabe) und anderer Steuermechanismen (§ 112)
- eine institutionalisierte Rechenschaftspflicht zu wirtschaftlicher und ökologischer Governance (§ 104) und die Schaffung einer Technologie-Bank (§ 126).

Kritisch gesehen werden auch die „Ungerechtigkeiten, die das internationale System zum Nachteil der Entwicklungsländer plagen“ (§ 95), die Ausgaben für die Militärhaushalte und die nachteilige Lizenzvergabepraxis (§ 119).

Gleichwohl stehen die Fragen der Ungerechtigkeit, der Geschlechtergerechtigkeit, der ungleichen Machtbeziehungen, der nachhaltigen Produktions- und Konsumstrukturen, die der SDG-Prozess erfolgreich voranbrachte, trotz seines hochtrabenden Titels „Der Weg zu Menschenwürde“ nicht

im Zentrum des Reports. Wichtige Bereiche, die der SDG-Entwurf behandelte, kommen gar nicht vor – etwa eine Analyse der globalen Wertschöpfungsketten, die aufzeigen könnte, wie nachteilige Handelsbeziehungen die Armut der Entwicklungsländer vertiefen, oder das Konzept der Sorgeökonomie („care economy“), das so wichtig für Geschlechtergleichheit und Empowerment ist wie auch für das Recht auf Gesundheit und Bildung oder zur Sicherung menschenwürdiger Arbeit und sozialen Schutzes für alle.

Vergeblich sucht man eine klare Illustration der Politikmassnahmen, die notwendig wären.

Vergeblich sucht man eine klare Illustration der Politikmassnahmen, die notwendig wären. Menschenwürdige Jobs ist eine reduktionistische Formulierung. Sie beinhaltet nicht das Recht auf menschenwürdige Arbeit und produktive Beschäftigung, was wiederum aktive Beschäftigungspolitik, menschenwürdige gesicherte Arbeitsplätze und Löhne, Geschlechtergerechtigkeit, und das Recht auf soziale Sicherung erfordern würde. In der Steuerdiskussion findet man keine neuen oder mutigen Vorschläge, etwa zu einer Vermögens- oder Erbschaftssteuer oder angemessenen Abgaben auf Rohstoffabbau, um der massiven Konzentration von Kapital und der ausbeuterischen Extraktion natürlicher Ressourcen (einschließlich Landraub) entgegenzuwirken und den fiskalischen Spielraum zu erweitern, damit Regierungen öffentliche Güter und Dienstleistungen angemessen finanzieren können.

Fragmentismus ohne umfassenden politischen Ansatz

Politische Vorschläge finden sich über den ganzen Text verstreut, unsystematisch und fragmentiert – es ist

ein eher Mikro- als ein Makroansatz. Man vermisst umfassendes politisches Denken, wie man es von einer Synthese aus dem UN-System erwarten könnte. Die UN-Abteilung für wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten (DESA) oder das UN-Entwicklungsprogramm hätten in dieser Hinsicht sicherlich reichhaltige – und keynesianisch inspirierte – politische Ideen bereitstellen können.

Auf der anderen Seite wäre es illusorisch, von dem Synthese-Bericht mutige Politikvorschläge zu erwarten, da er keine Analyse bietet. Er enthält

keine Erklärung dafür, warum und wie das globale System Armut, Exklusion, Umweltzerstörung und politische Unterdrückung hervorbringt – und dadurch letztendlich auch zu gewalttätigen Prozessen beiträgt. Ohne eine solche Analyse kann er gar nicht systematische politische Beratung anbieten (Interessanterweise kommt ein kritischer Standpunkt derzeit aus unerwarteter Quelle: In vielen neueren Statements analysiert und kritisiert der Papst den zügellosen Kapitalismus, der einem „Dritten Weltkrieg auf Raten“ gleichkäme und den eine verantwortliche Gesellschaft in die Schranken weisen müsse). Somit muss der Paradigmenwechsel hin zu einer wirklich transformativen, ganzheitlichen, analytisch fundierten Agenda der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Gerechtigkeit, die mit einem Menschenrechtsansatz verschränkt ist, erst noch entstehen.

Formal wird es vom Willen, den Fähigkeiten und Aktivitäten der UN-Mitgliedsstaaten und dem Präsidenten der UN-Generalversammlung sowie der moralischen Autorität des UN-Sekretariats abhängen, ob es zu einem Paradigmenwechsel kommt. Das wiederum hängt entscheidend davon

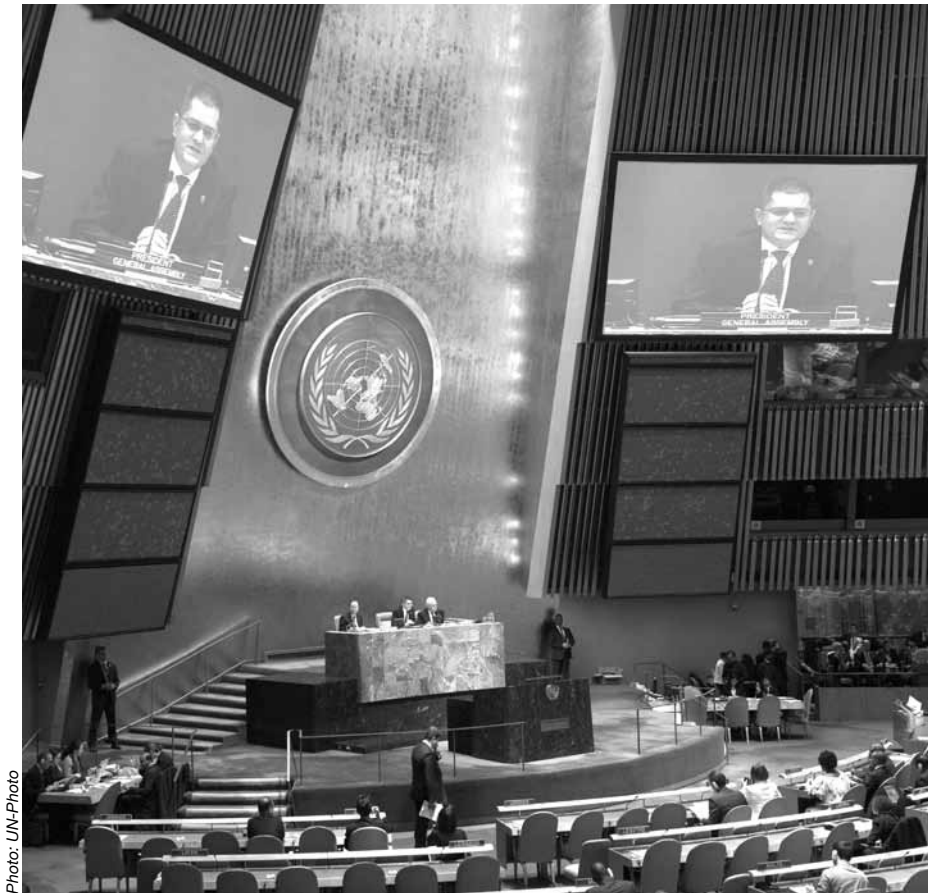


Photo: UN-Photo

► Der Synthesereport von UN-Generalsekretär Ban Ki-moon „The Road to Dignity by 2030“ wurde Anfang Dezember 2014 in New York vorgestellt.

ab, ob die UN und die Mitgliedsstaaten den neun Major Groups und der Zivilgesellschaft erlauben werden, weiterhin gleichberechtigt an dem Verhandlungsprozess teilzuhaben. Das ist im Moment nicht gesichert.

Die Mitgliedsstaaten sind indessen kein monolithischer Block. Einige sind darauf aus, die 17 SDGs substanziell zu verwässern oder gar zu unterminieren und insbesondere das Gleichheits- und das Nachhaltigkeitsziel zu streichen. Einige Industrieländer sähen gerne eine Spaltung der G77 (Entwicklungsländer). Einige hoffen, dass die Verhandlungen in eine Sackgasse geraten und im September 2015 die Ausformulierung der neuen Entwicklungsagenda einer Handvoll mächtiger Staatsschefs übertragen wird.

Wie und wo weiter?

Da die UN an Schlagkraft und Einfluss verliert, sind auf globaler Ebene neue Konstellationen und selbsternannte politische Allianzen aufgetaucht, die ebenfalls Bedeutung für die Verhandlungen gewinnen könnten. Dazu gehören die BRICS (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) auf der einen Seite und die G7 auf der anderen. Beide Gruppen dürften auf ihren Gipfeln eine politische Position zu den SDGs formulieren, die G7 im Juni in Deutschland und die BRICS im Juli in Russland.

Diese Treffen gehen unmittelbar dem Gipfel zu Entwicklungsfinanzierung im Juli in Addis Abeba voraus. Die BRICS könnten ein Verhandlungselement in Form der neuen BRICS-

Bank einbringen, das die Agenda der Entwicklungsfinanzierung im Interesse der Länder mit niedrigem Einkommen voranbringen könnte. Die G7 dürfte wahrscheinlich eher die eigene Kontrolle über die Finanzmärkte und die Internationalen Finanzinstitutionen verteidigen und den ideologischen Druck für Austerität verstärken.

Die Europäische Union war Anfang der 2000er Jahre formbildend für die MDGs, weil es in mehreren EU-Ländern fortschrittliche EntwicklungsministerInnen gab. Seither hat sich der Wind nach rechts und zu offenem Neoliberalismus gedreht. Die EU-Präsidentschaft wird 2015 bei Lettland und Luxemburg liegen, womit dann eher politisch schwache Länder an der Spitze des europäischen Konsensbildungsprozesses stünden.

Es wäre politisch naiv anzunehmen, dass diese Konstellationen einen wirklichen Paradigmenwechsel herbeiführen würden. Somit wird erneut entscheidend sein, ob es eine hinlängliche Vertretung der Zivilgesellschaft geben wird, um sich, zusammen mit progressiven Staaten, den präzedenzlosen Angriffen auf die Menschenrechte und die menschliche Entwicklung entgegenzustellen und den Wechsel durchzusetzen. ■

Gabriele Köhler lebt als Entwicklungswirtschaftswissenschaftlerin in München (www.gabrielekoehler.net). Sie ist derzeit Senior Research Associate am UN-Forschungsinstitut für Soziale Entwicklung (UNRISD) und Vorstandsmitglied bei Women in Europe for a Common Future (WECF) und bei der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen. Artikel erschienen im Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung (W&E), Luxemburg, 15. Dezember 2014 (www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org)

Elections présidentielles au Togo

La Famille Gnassingbé pour toujours ?

Selon toutes prévisions, les élections présidentielles au Togo vont se tenir en avril 2015. A priori, le vainqueur est déjà connu : Faure Gnassingbé, Président actuel, remportera très probablement ces élections et restera pour un troisième mandat de cinq ans.

Charel Schiltz

Comparé à d'autres pays africains, les dix ans au pouvoir de Faure Gnassingbé ne paraissent pas très longs et même s'il gagne un troisième mandat, il finira bien par partir un jour. Cependant, on ne peut pas dissocier sa présidence de celle de son prédécesseur Gnassingbé Eyadema qui fut son propre père.

C'est en janvier 1967 que Gnassingbé Eyadema avait pris le pouvoir au Togo par un coup d'Etat et c'est seulement en 2005 qu'une attaque cardiaque l'a contraint à partir. Il avait réussi à se tenir à la tête du pays pendant presque 40 ans et son fils semble bien avoir l'ambition de faire pareil. Quand Gnassingbé Eyadema est devenu Président au Togo, la France était encore dirigée par Charles de Gaulle. En 2015, sept Prési-

dents français plus tard, le Togo n'en est qu'à son deuxième et c'est toujours un Gnassingbé. Le nombre de mandats présidentiels n'étant pas limité par la constitution togolaise, les craintes sont grandes que le Togo soit reparti pour une présidence à vie.

Pourtant, il ne manque pas d'opposants. Manifestations, émeutes et grèves en 1990, 1991 et 1993 avaient obligé Eyadema à instaurer le multipartisme, ce qui ne l'empêchait pas à gagner haut la main les élections de 1993, 1998, et 2003. En 2005, lors de la transition du pouvoir vers son fils, les Togolais se sont mobilisés en masse, mais ont rencontré une répression féroce avec des centaines de morts.

Comme son papa, Fauré aime bien les élections, puisqu'il sortait gagnant des présidentielles de 2005 et 2010 avec à chaque fois plus de 60% des voix. En

même temps, sous pression internationale, Faure avait promis des réformes institutionnelles en 2005. L'Accord Politique Global signé en 2006 devait tracer la voie pour une politique d'unité nationale et la suite des réformes institutionnelles. Mais cet accord restait en grande partie lettre morte. Blaise Compaoré, l'ex-Président du Burkina Faso chassé par son peuple il y a quelques mois, était le facilitateur de l'accord; c'était lui qui était supposé présider le comité de suivi pour sa mise en œuvre. Mais ce comité n'était pas très actif et peut-être que Blaise Compaoré n'était pas la bonne personne pour suivre un processus de réformes démocratiques.

Cependant, Blaise Compaoré pourrait, malgré lui, avoir une influence importante sur l'avenir de la vie politique au Togo. La mobilisation massive de la population burkinabé contre son éternel règne avait réussi à le faire tomber en automne 2014. Cela a donné un nouvel espoir à l'opposition au Togo et depuis le nombre de manifestations et de marches se sont multipliés dans tout le pays. Mais contrairement au Burkina Faso où il y avait 2 ou 3 manifestations énormes, il s'agit au Togo d'une multitude de petites démonstrations assez régulières. L'impact est dès lors beaucoup moins palpable et une partie des manifestants commence déjà à se fatiguer.

Réformes constitutionnelles

L'opposition revendique des réformes constitutionnelles avant les prochaines élections. Le point principal est évidemment la demande de limiter les mandats présidentiels à deux périodes de 5 ans. Sans surprise, le parti du Président refuse un tel changement et



Photo: flickr.com CC / Rachel Strohm

► Affiche électorale du Président au pouvoir Faure Gnassingbé (en 2010).

Photo: flickr.com CC / Rachel Strohm



► Jusqu'à présent, l'armée togolaise a toujours soutenu le Président Faure Gnassingbé.

même si le nombre de mandats serait limité, il exigerait que le compteur de Faure Gnassingbé serait mis à zéro, ce qui permettrait à celui-ci de rester pour dix ans de plus. Les négociations à ce sujet se trouvent actuellement dans une impasse et un accord avant les élections est peu probable.

En parallèle, les préparations pour les nouvelles élections sont en plein cours. La Commission Electorale Nationale Indépendante (CENI) est en train d'actualiser les listes électorales et la population a été invitée à s'inscrire dans les listes des électeurs. Pour le moment, l'opposition n'appelle pas au boycott des élections et invite également la population à s'inscrire. Mais l'espoir d'un changement par le vote est quasi nul. La date des élections n'est pas encore connue qu'il y a déjà des suspicions et plaintes pour fraude électorale.

Organiser une fraude électorale au Togo n'est pas très difficile. La façon la plus répandue est de manipuler les listes et les cartes électorales. Des noms de personnes figurent sur des listes qui sont trop jeunes ou qui ne se présenteront jamais aux urnes : leur bulletin de vote sera rempli en leur nom par quelqu'un d'autre. On peut aussi acheter des cartes électorales avec de l'argent ou parfois en distribuant des vivres. Autre pratique courante est d'influencer les chefs de village, nommés directement par le pouvoir central et qui sont fortement impliqués lors de la mise à jour des listes

électorales et pendant les élections.

Depuis 1993, le président en place a remporté à chaque élection présidentielle une victoire écrasante avec une majorité absolue dès le premier tour. Evidemment, cela ne contribue pas à augmenter la confiance de la population dans la démocratie et dans le système électoral. C'est donc surtout sur un soulèvement populaire que l'opposition fonde ses espoirs. Le calcul est simple: l'opposition essaye de mobiliser un nombre d'électeurs si élevé qu'une

grande majorité de la population est convaincue à la sortie des urnes que Faure Gnassingbé ne pourra jamais passer de façon correcte. Si alors la Commission électorale déclare néanmoins des résultats officiels plaçant Faure en tête avec plus de 60% des voix, la cumulation de colère et de frustration pourrait provoquer un soulèvement populaire massif.

Mais ce calcul est bien-sûr très risqué et a déjà échoué dans le passé. En 1993 et en 2005, le nombre de personnes dans les rues était trop petit et l'armée a ouvert le feu sur ceux qui étaient au premier rang. Beaucoup de sang a coulé et le Président a gardé le pouvoir. Vu les récents événements au Burkina Faso, le nombre de personnes qui seront prêts à exprimer leur colère sera peut-être plus grand cette fois-ci, mais cela reste très incertain. A trois mois des élections présidentielles, on ne peut qu'espérer que la situation au Togo ne tourne pas au cauchemar. ■

Charel Schiltz est membre de l'ASTM.

zoom

Le candidat de l'opposition: Jean-Pierre Fabre

Jean-Pierre Fabre est le président du parti „Alliance nationale pour le changement“ (ANC). L'ANC, ensemble avec d'autres parties d'opposition, s'est regroupé dans le mouvement „Combat pour l'Alternance“ (CAP), lequel a nommé Jean-Pierre Fabre comme candidat unique pour les élections présidentielles en 2015.

Jean-Pierre Fabre, qui a étudié les sciences économiques à Lille, a déjà été candidat à la présidence en 2010. Selon les résultats officiels, il finissait deuxième avec 33,94% des voix. A l'époque il contestait en vain ces résultats et organisait des manifestations hebdomadaires pour réclamer sa „victoire volée“. En 2015, il a une chance réelle d'améliorer son score. Cependant, il ne sera pas le seul candidat de l'opposition, puisque d'autres partis en dehors du CAP ont maintenu leurs candidats. Mais Jean-Pierre Fabre sans aucun doute le seul candidat de l'opposition qui pourrait réellement mettre en danger Faure Gnassingbé.



Klimagipfel in Lima

Die neue grüne warme Welt

Im Dezember 2014 fand in Peru die 20. UN-Klimakonferenz statt. Sie galt als wichtige Etappe zu einem neuen Abkommen, dass Ende 2015 in Paris zustande kommen soll. Ein Überblick zum Stand der Reduktionsziele und des Emissionshandels auf dem Klimagipfel zu Lima.

Dietmar Mirkes

Ein wesentlicher Bestandteil des Kyoto-Protokolls ist der Emissionshandel mit seinen sogenannten "Flexiblen Mechanismen". Zur Erinnerung: Sie bestehen aus zwei Arten von Projekten: Im sogenannten "Clean Development Mechanism" erzeugen CDM-Projekte in Entwicklungsländern Emissionsrechte und im sogenannten "Joint Implementation" erzeugen JI-Projekte in Industrieländern, vor allem in den Staaten des ehemaligen Ostblocks, Emissionsrechte.

Allerdings beschloss die Konferenz der Vertragsstaaten kaum substantielle Reformen bei CDM und JI. Beim CDM beauftragte sie den "Wissenschaftlichen und Technologischen Beirat", die Verfahren zur Auswahl von Landflächen und Anrechnungszeiträumen in Forstprojekten zu vereinfachen und die Praktikabilität von Methoden zur Rekultivierung zu prüfen mit dem Ziel, sie für CDM wählbar zu machen (inclusive Flächen mit Agroforesterie und Waldbeweidung, wo die vorhandene Vegetation nicht die Schwelle zum Wald erreicht).

Generell sollen die Verfahren in CDM-Projekten weiter vereinfacht und standardisiert werden, um die Kosten zu senken und CDM-Projekte in Regionen, wo es bisher noch keine gab, leichter zu ermöglichen. Im gleichen Sinne wurde im Joint Implementation das Lenkungs Komitee beauftragt, technische Vorschläge zur Kostenersparnis und Effizienzsteigerung zu unterbreiten. Die beiden Vorstände von CDM und JI wurden beauftragt, Synergien zu suchen, um zu einem gemeinsamen Akkreditierungs-Komitee zu gelangen.

Bei dieser Stoßrichtung hin zu mehr



► „2 Millionen Personen fordern 100% saubere und erneuerbare Energie“: Die Zivilgesellschaft zeigte auch in Lima massiv Präsenz.

Vereinfachungen der Verfahren und der damit verbundenen Kostensenkung schlägt sich natürlich der katastrophale Verfall der Preise nieder: Während Luxemburg in den Jahren der ersten Kyoto-Phase bis 2012 für die Rechte aus CDM-Projekten im Schnitt noch 14 Euro pro Tonne auf den Tisch blättern musste, kriegt man sie heute für einen halben Euro nachgeworfen.

Die Ausgestaltung komplexerer neuer Mechanismen, die nicht einzelne Projekte, sondern länderweit ganze Branchen abdecken, kam in dieser Gesamtsituation auch nicht weiter, von der Stärkung der Rechte von Anwohnern und indigenen Völkern und ähnlicher zeitraubender Reibungsverluste ganz zu schweigen.

Der Versuch, "heiße Luft" aus der zweiten Verpflichtungsperiode zum Kyoto-Protokoll (2013 – 2020) heraus-

zulassen, scheiterte am Widerstand von Russland, Weißrussland und der Ukraine, denn sie sitzen auf einem Riesenangebot dieser überschüssigen Emissionsrechte und würden diese nicht nur gern in die zweite Kyoto-Periode übertragen, sondern auch in die Periode nach 2020. Zwar schwächte die Ukraine ihren Widerstand am Ende ab, dennoch konnten sie bislang ein Vorankommen verhindern.

Im Schlussdokument der 20. Vertragsstaatenkonferenz (COP 20) der Arbeitsgruppe zur Durban-Plattform (ADP) zu Lima, tauchen die Marktmechanismen nur noch im Anhang auf.

Verbindliche Reduktionsziele?

Die Kernfrage des Gipfels aber war, ob man sich zu einer globalen Emissionsobergrenze verpflichtet und dann in

einem Top-Down-Ansatz daraus Quoten für die einzelnen Staaten ableitet, oder ob man in einem Bottom-Up-Ansatz den Ländern mehr Spielraum für ihre Reduktionen lässt, dann schaut, ob die Summe ausreicht und was man nachlegen muss, um eine Erwärmung um mehr als 2° C zu verhindern. Um es vorweg zu nehmen: The winner is „Bottom-up“!

Schon auf dem letzten Klimagipfel zu Warschau hatten sich die Vertragsstaaten verpflichtet, ihre „beabsichtigten national festgelegten Minderungsbeiträge“ (intended nationally determined contributions = INDCs) Anfang 2015 vorzulegen als Ausgangsbasis für das Abkommen von Paris. In Lima aber wurde vereinbart, dass sich die Höhe der Minderungsbeiträge eines Landes nicht nur am Prinzip der „gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung“ der Klimarahmen-Konvention orientieren soll, sondern auch von seinen nationalen Umständen abhängen darf. Jedes Land kann nun bis zum 1. Oktober – zwei Monate vor dem Klimagipfel in Paris – seine Reduktionsziele in einer Form melden, die es selbst definiert, und worin es einschließt, was es will (zum Beispiel ob und wieviel es zur Finanzierung von Reduktions- und Anpassungsplänen in Entwicklungsländern beiträgt). Verbindliche, vergleichbare und durchsetzbare Verpflichtungen wurden ersetzt durch etwas, was man mit „Nonsense“ am besten beschreibt. Sunita Narain vom CSE India hat dieses Ergebnis in ihrem Kommentar entsprechend gewürdigt (siehe Seite 20). Für Paris bedeutet dies, dass man nicht mehr mit global verbindlichen Reduktionszielen rechnen kann, sondern quasi nur noch mit einem inhaltsleeren Vertragsformular.

Grün ist die Hoffnung!

Die Hoffnung trägt den Namen BECCS (Bioenergy with Carbon Capture and Storage). Bioenergie in Verbindung mit CO₂-Abscheidung und -Speicherung bedeutet, dass man aus

Biomasse Strom und Wärme erzeugt, das bei deren Verbrennung freigesetzte CO₂ einfängt und es dann in unterirdischen Stollen bis zu tausend Jahre lang speichert. Das Ergebnis sind „negative Emissionen“, d.h. die Pflanzen ziehen durch die Photosynthese CO₂ aus der Atmosphäre, das dann in der Erde sicher verstaut wird. Diese Technologie wird auch im letzten IPCC-Report als möglicher Ausweg genannt.

Schutzmaßnahmen für die Rechte von Anwohnern und Indigenen sind schon fast kein Thema mehr.

Praktisch geht es hier um große Plantagen schnellwachsender Vegetation (vor allem Bäume), aber auch u.a. um Algenplantagen in den subtropischen Meeren. Irgendwie kommt einem das bekannt vor: Palmölplantagen, Eukalyptusmonokulturen, usw. Hier bahnt sich die nächste Generation von Landraub ihren Weg. Die senegalesischen Fischer werden sich wundern, wie weit die Reste der Fischbestände noch absinken können. Und auch die Ansätze, weitere CDM-Projekte für „Waldbeweidung, wo die vorhandene Vegetation nicht die Schwelle zum Wald erreicht“, werden sicherlich Wege finden, im Sahel umherstreunende Wanderhirten des Feldes zu verweisen.

Mary Lou Malig aus den Philippinen von der Global Forest Coalition sieht denn auch, wie die Klimagipfel statt zu verbindlichen Reduktionszielen immer weiter auf marktkonforme technischen „Lösungen“ setzen: REDD (Reduction from Emissions from Deforestation and Forest Degradation, also Waldschutzprogramme, die Emissionsrechte kreieren), klimasmarte Landwirtschaft, Technologien wie Geo-Engineering, Kohlenstoffabscheidung und Speicherung und industrielle Bioenergie. (aus: REDD-Monitor). Auf der anderen Seite sind „Safeguards“, also Schutzmaßnahmen für die Rechte von Anwohnern und Indigenen, schon fast kein Thema mehr.

Dieses Bild wird dadurch vervollstän-

digt, dass die Industrieländer in Lima nur noch geringfügig mehr Geld als schon vorher im September in Berlin für Maßnahmen der Entwicklungsländer zu Treibhausgasreduktionen und Anpassungsmaßnahmen zugesagt haben. Die Klimagipfel sind auf dem besten Wege, zu Marketingveranstaltungen für neue „grüne“ Technologien zu verkommen: Menschenrechte bleiben am Wegesrand liegen, genauso wie die Hoffnung, die

Temperaturerhöhung unter 2°C zu halten.

Die Gegenbewegung lebt

In Lima fand vom 8. bis 11. Dezember „Gipfel der Völker“ statt, mit Vertretern von Bauernbewegungen und indigenen Gemeinschaften. Eine Demonstration von etwa 20.000 Menschen am 10. Dezember forderte von den Regierungen, zum Schutz von Mutter Erde starke Klimaschutzverpflichtungen auszuhandeln. Die „Deklaration von Lima“ hält dies fest¹.

Weitere Veranstaltungen in diesem Jahr: 13.+14. Februar: Global Divestment Day („Kein Geld mehr in fossile Energien!“) / 29./30. Mai 2015: weltweiter Aufruf für einen Wandel des Entwicklungsmodells / 13. und 14. Juni Vorbereitungstreffen in Frankreich zur COP 21 / Juli: „Alternatiba-Tour“ (Radtour, die auch in Luxemburg Station macht) / 29. November: Weltweiter Aktionstag zur Eröffnung der Pariser Klimakonferenz Während der COP sind weitere Demonstrationen in Paris geplant; hier in Luxemburg wird VotumKlima dafür mobilisieren. ■

Dietmar Mirkes ist Mitglied der ASTM.

(1) Declaración de Lima - Cumbre de los pueblos frente al cambio climático Lima, 11 de diciembre de 2014.

Klimagipfel in Lima

Einflussnahme großer Ölkonzerne auf COP20 kritisiert

Am Rande der UN-Klimakonferenz COP20 in Peru, auf der auch die großen Erdöl- und -gaskonzerne nahezu allgegenwärtig war, machten Aktivisten Front gegen den Einfluss der „Schmutzlobby“.

**Leehi Yona und
Diego Arguedas Ortiz**

Bei der COP20 bemühten sich Delegierte aus 195 Ländern um ein verbindliches internationales Abkommen zur Entschleunigung des Klimawandels. Doch Umweltaktivisten befürchten, dass die Präsenz der Brennstoffkonzerne den ohnehin trägen Verhandlungsprozess weiter verlangsamt.

Unterdessen gewinnen in mehreren Staaten der Welt Kampagnen für einen Kapitalabzug aus der Produktion fossiler Brennstoffe an Boden. Angesichts mangelnder Klimaschutzmaßnahmen appellieren Studenten an Aktionäre von Großkonzernen wie „Gazprom“, „Petrobras“, „PetroChina“, „Chevron“ und „ConocoPhillips“, ihr Kapital abzu ziehen.

Kampagnen sollen Klimagespräche anheizen

Maddy Salzman, ehemalige Organisatorin der Kampagne „Fossil Free Washington University“, hält die Kampagnen für wirksame Druckmittel, um in die festgefahrenen Klimagespräche wieder Bewegung zu bringen. „Was die notwendigen Gesetze und Investitionsentscheidungen angeht, werden wir uns nicht auf das politische Establishment verlassen können. Es liegt an uns, den Bürgern, die Veränderungen herbeizuführen, die wir für wichtig halten“, sagt sie.

Auslöser für die Kampagne war ein 2011 veröffentlichter Bericht der „Carbon Tracker Initiative“, der warnend hervorhob, dass etwa vier Fünftel der bekannten weltweiten fossilen Energie-reserven unbedingt im Boden bleiben



► Produzenten fossiler Energien können nicht Teil der gesuchten Klimalösungen sein.

müssen, um die schlimmsten Auswirkungen des Klimawandels zu verhindern. Wenn es moralisch verwerflich sei, den Planeten zu zerstören, sei es ebenso verwerflich, daraus Profit zu schlagen, so die Organisatoren der Initiative.

Auf vier Kontinenten werden derzeit ähnliche Kapitalabzugskampagnen durchgeführt, die sich meistens an Universitäten und Stiftungen, aber auch an staatliche Pensionsfonds und Städte richten. Etliche Kampagnen, unter anderem an Hochschulen in den USA und Kanada, haben sich bereits als recht erfolgreich herausgestellt. Um ihnen weiter Auftrieb zu verleihen, wird die Einführung eines Globalen Deinvestitionstages gefordert.

Globaler Tag für Kapitalabzug

Deinvestitionskampagnen haben ebenfalls dafür gesorgt, dass die Lobbyarbeit der Industrie auf der zwölftägigen COP20, die am 12. Dezember endete, in den Fokus gerückt wurde.

So kritisierte Dyanna Jaye, Vorsit-

zende der „Virginia Student Environmental Coalition“ und Delegierte der Gruppe „SustainUS“, dass sich den Produzenten selbst auf der COP20 eine Plattform biete, Druck auszuüben, um substanzielle Verhandlungsergebnisse zu verhindern. „Während die Klimaforschung auf immer ehrgeizigere Zielsetzungen pocht, müssen wir uns die Märchen von profitorientierten Unternehmen anhören, dass wir die fossilen Brennstoffe brauchen.“

Am 8. Dezember demonstrierten Klimaaktivisten in Lima gegen eine von „Shell“ gesponserte Veranstaltung. Produzenten fossiler Energien könnten nicht Teil der auf der COP20 gesuchten Klimalösungen sein, so Sally Bunner von der Kampagne „Earlham College Responsible Energy Investment“. „Seit vielen Jahrzehnten hat sich gezeigt, dass Förderung und Einsatz fossiler Brennstoffe Menschen, Wasser, Luft und Böden vergiften.“ ■

Leehi Yona und Diego Arguedas Ortiz sind Korrespondenten von IPS.

Klimagipfel in Lima

Indien muss seine Klima-Strategie ändern

Für die indische Umweltaktivistin Sunita Narain kam es beim Klimagipfel in Lima in entscheidenden Bereichen zu Rückschritten. Hart geht sie auch mit der Strategie der indischen Regierung ins Gericht.

Sunita Narain

Klimaverhandlungen sind mittlerweile vorhersehbar. Die bereits industrialisierten Nationen kommen zu jedem Gipfel mit einem klaren Plan, nämlich ihre historische Schuld an der hohen Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphäre vergessen zu machen und damit den Unterschied zwischen ihrer Verantwortung und der Verantwortung der restlichen Welt aufzuheben. Das würde die Klimakonvention von 1992 umschreiben und ihre Verpflichtung aufheben, Gelder und Technologien für die Entwicklungsländer bereit zu stellen.

Das Problem ist, dass die Entwicklungsländer keinen klaren Gegenplan oder proaktive Vorschläge haben. Das führt dazu, dass sie bei jeder Klimakonferenz verlieren, den rezenten Gipfel in Lima mit eingeschlossen. Die Gespräche entwickeln sich zunehmend und absichtlich in eine Richtung, die den Interessen der Armen dieses Planeten zuwider laufen.

Die indischen Unterhändler glauben,



Photo: flickr.com CC

► Die Umweltaktivistin Sunita Narain.



Photo: flickr.com CC

► Die 20. Klimakonferenz in Lima bedeutete für die meisten Beobachter einen Rückschritt.

dass sie den Status quo aufrecht erhalten und ein neues Abkommen verzögern können, doch diese Taktik geht offensichtlich nicht auf. Wir blockieren, aber die reichen Länder drängen weiter und ziehen uns den Boden unter den Füßen weg. Wir müssen unsere Strategie überdenken.

Zum Beispiel flogen die indischen Verantwortlichen nach Lima mit der festen Absicht, sich gegen jede Vorab-Überprüfung (ex-ante review) der Reduzierungsversprechen zu wehren. Es wurde entschieden, dass alle Länder ihre nationalen Reduktionsziele angeben (Intended Nationally Determined Contributions - INDCs), das heißt wie viele Emissionen sie wann einsparen wollen. Die Ex-ante-Überprüfung soll kontrollieren, ob jedes Land seine Ziele auch tatsächlich einhält. Sie soll auch feststellen, ob die Summe der Aktionen ausreichend ist, um die Erderwärmung

unter 2°C zu halten, oder ob es zusätzlicher Anstrengungen bedarf.

Warum hat sich Indien dagegen gewehrt? Nun, weil diese Idee bei ihrer Entstehung 2009 in Kopenhagen definitiv inakzeptabel war. Der Vorschlag zielte darauf ab, verbindliche Emissionsziele durch freiwillige Beiträge zu ersetzen. Bei den verbindlichen Zielen würde die Welt sich auf eine Obergrenze an Emissionen einigen – wie viel CO₂ man maximal in die Atmosphäre abgeben kann, um die Erwärmung unter 2°C zu halten – um dann für jedes Land spezifische Ziele zu formulieren, ausgehend von seiner historischen Verantwortung. Bei dem freiwilligen Ansatz entscheidet jedes Land selbst, welche Einsparungen an Treibhausgasen es anpeilen will (oder kann). Diese freiwilligen Verpflichtungen werden dann nachträglich überprüft.

Indien hat sich aus gutem Grund gegen die Aufweichung des Prinzips der

Differenzierung gewährt, das die historische Schuld berücksichtigte. Auch wurde die Ex-ante-Überprüfung als eine Abschwächung der nationalen Souveränität betrachtet. Doch das ist Vergangenheit. Seitdem hat Indien akzeptiert, dass die Klima-Agenda nach 2020 auf freiwilligen Beiträgen beruht. Wir haben also bereits einer Abschwächung des Prinzips der Differenzierung zugestimmt.

Jetzt legt Indien alle Hoffnung darauf, dass die Zusagen zur Reduzierung der Emission im Rahmen der Klimakonvention stattfinden, welche eine gerechte Aufteilung der Anstrengungen vorsieht. Doch damit eine solche gerechte Aufteilung zustande kommt, muss Indien in den Verhandlungen geschickt und proaktiv vorgehen. Indien hätte vorschlagen können, die reichen Länder über die Ex-ante-Überprüfung der Reduzierungsversprechen zur Rechenschaft zu verpflichten. Diese Überprüfung hätte stattfinden können, ehe das Klimaabkommen für die Zeit nach 2020 in Kraft tritt, so dass man die freiwilligen Beiträge nach ihrer Ambition und Fairness hätte beurteilen können. Das hätte nicht nur die Welt etwas sicherer

gemacht, sondern auch dafür gesorgt, dass jedes Land einen gerechten Platz in der Atmosphäre beanspruchen kann.

Doch stattdessen hat sich Indien in Lima dafür entschieden, sich auf die Seite Chinas zu schlagen. Peking hat ein großes Interesse daran, die Ex-ante-Überprüfung zu verhindern, da es seine Emissionen frühestens ab 2030 effektiv senken will und ist uns im Übrigen bereits in den Rücken gefallen. In einem Abkommen mit den USA haben sich beide Länder darauf geeinigt, im Jahr 2030 Emissionen von 12 Tonnen pro Einwohner aufzuweisen. Damit beanspruchen die beiden größten Verschmutzer des Planeten einen Löwenanteil der Emissionen, die noch in die Atmosphäre geblasen werden dürfen, so dass für die Entwicklung der armen Länder kein Platz mehr bleibt.

Im Lima-Aktionsplan wurde die Ex-ante-Überprüfung nicht berücksichtigt. Demnach werden alle Länder ihre freiwilligen Reduktionsziele im Licht der nationalen Umstände definieren, ohne dass es einen Mechanismus gibt, der gerechtere und ambitioniertere Ziele einfördern könnte. In der Abschlusser-

klärung wurde sogar das Basisprinzip der globalen Gerechtigkeit – gemeinsame aber unterschiedliche Verantwortung sowie unterschiedliche Leistungsfähigkeit (common but differentiated responsibility and respective capabilities / CBDR) – auf fatale Weise pervertiert. Jetzt heiß es, das CBDR-Prinzip werde „im Rahmen der nationalen Umstände“ angewandt. Konkret heißt das beispielsweise, dass die USA schwache Emissionsziele mit der Aussage rechtfertigen können, andernfalls würden sie nicht durch den Kongress gehen. Damit wird der Mangel an Ambition und eine ungerechte Aufteilung der Anstrengungen geradezu legalisiert, denn schlussendlich werden alle Länder ebenso handeln.

Den Klimagipfel in Lima als Erfolg für die Entwicklungsländer und den Kampf gegen die Erderwärmung bezeichnen, ist schlichtweg wahnwitzig. ■

Die indische Umweltaktivistin Sunita Narain ist unter anderem Direktorin des Centre for Science and Environment (www.cseindia.org).



Photo: flickr.com CC / Oxfam International

► „Emissionen aufgeben und Lösungen mitnehmen“: Aktion von Oxfam beim Klimagipfel in Lima.

Cuba

Voyage d'étude sur l'agroécologie à Cuba

Du 3 au 12 janvier 2015, j'ai pris part à un voyage d'études consacré à l'agroécologie à Cuba. Un intérêt plus politique est venu s'y attacher deux semaines après l'annonce du rétablissement des relations diplomatiques entre les Etats-Unis et Cuba. Le voyage a été organisé par foodfirst, un institut californien de l'alimentation et du développement. Une vingtaine de personnes, en majorité des Américains, y ont participé.

Jean Feyder

Sur place, c'est ITECA, l'Institut cubain pour l'amitié des peuples à Cuba, qui a été en charge du voyage. Notre guide et traducteur a été Amircal, 38 ans, d'une très grande compétence, agréable, parlant un anglais parfait. Au cours de nos déplacements en bus, il nous a donné des explications sur les différents aspects de la vie politique, économique et sociale de son pays (voir article page 25).

L'agriculture à Cuba

Juan José Leon Vega, représentant du Ministère de l'Agriculture nous a présenté les différentes étapes que la politique agricole cubaine a passées

depuis le début de la révolution. En 1959, le nouveau gouvernement cubain a procédé à la nationalisation des terres aux mains des grandes transnationales américaines. En 1963, une deuxième vague de nationalisations a eu lieu au cours de laquelle les terres des propriétaires de plus de 400 hectares ont été nationalisées. Résultat : 80 % des terres sont passées dans les mains de l'Etat, 20 % sont restées dans celles des paysans.

Avant 1992, durant le temps des relations avec l'URSS, Cuba a reçu chaque année deux millions de tonnes de fourrage, un million de tonnes de fertilisants, 25 000 tonnes de pesticides, des tracteurs, des pièces de rechange etc. Lorsque l'URSS s'est écroulée, Cuba a perdu, du jour au lendemain, 85 % de son commerce.

Aujourd'hui, 80 % de la population cubaine est urbaine, 20 % vit à la campagne.

Vers un nouveau modèle agricole

Durant 25 ans et jusqu'en 1990, Cuba a pratiqué un modèle agricole centralisé, de monoculture et dirigé fondamentalement vers l'exportation. Ce modèle a entraîné le déracinement de la population rurale et une sécurité alimentaire dépendant à plus de 50 % des importations.

La désintégration du bloc soviétique a provoqué une crise profonde du système alimentaire cubain. Elle a conduit à l'émergence d'une agriculture diversifiée substituant des intrants chimiques par des intrants biologiques, plus intensive en ressources locales et en connaissances scientifiques et traditionnelles. Le gouvernement a appuyé cette agriculture en décentralisant les structures productives et en renforçant les services techniques pour une agriculture durable.

La faible viabilité de l'ancien modèle a encore été soulignée par l'impact désastreux de trois ouragans et des sécheresses que Cuba a connus en 2008 et qui ont sérieusement affecté l'infrastructure sociale et productive. Environ un million d'hectares de terres restées inexploitées jusque-là ont été distribués en usufruit à 150 000 fermes privées, chacune pouvant disposer d'un maximum de 67 hectares.

„Nous voulons prolonger l'espérance de vie des Cubains de 78,2 ans, une des plus élevées de toute l'Amérique Latine, à 80 ans“, a souligné M. Vega. Pour avoir une bonne santé, il faut une bonne



Photo: Jean Feyder

► Exposé par M. Juan José Leon Vega, représentant du Ministère de l'Agriculture.

alimentation et c'est l'agriculture organique qui joue un rôle important à cet égard.

Cuba importe une partie de son maïs (712.000 tonnes en 2011), même si la production nationale augmente et arrive à 400.000 tonnes. Mais la productivité reste basse et n'est que de deux tonnes par hectare contre 10 à 11 tonnes aux Etats-Unis. Du maïs et du soja sont importés comme fourrage.

Cuba doit aussi importer tout le blé dont il a besoin (806 000 tonnes en 2011), un produit qui ne peut pas être cultivé dans un climat subtropical. Une partie du riz (quelque 300 000 tonnes), est également importée du Vietnam. Cette importation coûte cher, car le transport du Vietnam prend 28 jours, alors qu'une importation du Mississippi ne prendrait que 3 jours.

„Nous payons deux milliards de dollars chaque année pour les importations. Nous voulons produire plus et importer moins. Mais tous les produits ne peuvent être cultivés de manière organique, comme les pommes de terre“, continue M. Vega. „Le pays n'a jamais introduit des semences OGM, même s'il a acheté du maïs transgénique aux Etats-Unis pour son bétail.“

La production de canne-à-sucre et de tabac occupent encore de vastes espaces pour l'exportation. Cuba a produit plus 14 millions de tonnes de sucre en 2012. Si 98 % du sucre est produit par des privés, les raffineries de sucre quant à elles sont étatiques.

L'agriculture urbaine

Une autre mesure importante prise par le gouvernement pour faire face à la crise de la période spéciale des années 1990 a été le lancement d'un Programme National d'Agriculture Urbaine dans le cadre d'une nouvelle conception de l'agriculture. Ce programme se concentre sur l'autoapprovisionnement local dans le cadre d'une „municipalisation“ de la gestion et d'une politique nationale de décentralisation en faveur



Photo: Jean Feyder

► Finca agroecologica près de Vinales

d'une agriculture durable à petite échelle avec de faibles intrants externes, une haute efficacité dans l'usage des ressources locales appuyées sur des principes agroécologiques. Il s'agit de la voie la plus sûre pour assurer une sécurité alimentaire durable.

L'agriculture urbaine nous a été présentée lors de la visite de deux „organopónicos“, des jardins potagers, l'un près de Sancti Spiritus, l'autre en banlieue de La Havane. Celui visité à Sancti Spiritus s'étend sur 1.200 m². Il existe depuis 20 ans, est propriété de l'Etat et géré par deux hommes et une femme. Toute la production y est organique. 50 espèces différentes sont cultivées. Les fertilisants sont à 100 % constitués de compost. Les produits du jardin sont fournis à des hôpitaux, des écoles, des centres de soins et des garderies aux frais du Ministère de la Santé.

Il y a une trentaine de ces jardins potagers à Sancti Spiritus. Ces jardins existent dans toutes les villes à Cuba, quelque 500 au total.

A Alamar, dans la banlieue de La Havane, nous visitons un „organopo-

nico“ de 10 hectares. 170 travailleurs y sont occupés, dont 45 femmes. Ce jardin assure son autofinancement. Toutes les dépenses y compris les salaires des travailleurs sont couvertes par le résultat des ventes. Les décisions majeures sont soumises à une assemblée des travailleurs.

L'objectif de ce jardin est de produire des légumes de bonne qualité sans produits chimiques. La population d'Alamar, de 80.000 à 100.000 habitants, a ainsi accès à une nourriture saine produite selon des méthodes organiques. 80 % des produits sont vendus sur les marchés d'Alamar, le reste à l'extérieur. Une coopération est menée avec le Canada, les Etats-Unis, la Bolivie et le Venezuela. La gamme de produits comprend aussi des plantes médicinales. Un élevage limité fournit du fumier et de la viande. Beaucoup de paysans et de particuliers viennent ici pour s'acheter des plants. La production annuelle de humus est évaluée de 80.000 à 100.000 tonnes.

L'agriculture urbaine à Cuba peut être considérée comme une des expéri-



Photo: Jean Feyder

► Agriculture urbaine à Sancti Spiritu.

ences le plus réussies au monde, affirme l'économiste américain Sinan Koont. On estime que l'agriculture organique est pratiquée sur quelque 20 % de la surface cultivée. Cuba exporte également du café, du cacao, du miel, des agrumes et du sucre cultivés selon des méthodes agroécologiques. Le développement de ces exportations demanderait de meilleurs systèmes de certification. En outre, depuis le début des années 1990, l'agroécologie est enseignée à l'université de La Havane.

Le centre de recherche Hatuey

Le centre de recherche Hatuey est le premier centre de recherche agricole créé à Cuba et fondé par Fidel Castro. Financé par l'Etat, il occupe 200 personnes dont 46 chercheurs. Spécialisé au début en matière de pâturages, il est engagé aujourd'hui dans toutes les lignes de production.

Il a comme objectif de contribuer à l'augmentation et à la durabilité de la sécurité alimentaire cubaine par la promotion de pratiques agroécologiques. Une production de biogaz établit le lien entre agriculture et énergie. Une coopération étroite est menée avec les paysans, selon une conception nouvelle et participative de la recherche.

En visitant le jardin potager du

centre, Isidor nous montre une tête de chou en soulignant les qualités saines et nutritives de ce produit. Interrogés sur le rendement de la production agroécologique par rapport à l'agriculture conventionnelle, nos interlocuteurs répondent que ceux de l'agroécologie sont meilleurs.

Les responsables du centre nous ont toutefois précisé que d'autres centres de recherche restent attachés à l'agriculture traditionnelle et conventionnelle utilisant même des semences OGM.

Initiatives d'appui à l'agroécologie

Nous avons rencontré, à plusieurs occasions des représentants de l'ANAP, l'Association Nationale des Petits Paysans. Elle a joué un rôle déterminant dans la promotion de pratiques agroécologiques notamment par l'approche „campesino a campesino“ qui conduit des paysans qui ont gagné une expérience en agroécologie à la partager avec d'autres paysans y compris par l'intermédiaire de promoteurs (promotores) qui ont vulgarisé les techniques agroécologiques et principalement la permaculture. Quelque 100.000 familles de paysans ont su produire, en seulement quinze ans, 65 % de l'alimentation.

Puis, près de Sancti Spiritus, ville

de 138 000 habitants, nous avons visité une ferme modèle qui fait partie de l'association des techniques agricoles et forestières (ACTAF). Une telle association fonctionne dans chacune des 14 provinces de Cuba. Elle organise des séminaires et des ateliers de formation et des séances d'information. Celle que nous avons visitée met un accent particulier sur la promotion de la permaculture. Elle coopère également avec l'ANAP. Ces associations agissent en réseau au niveau provincial et international.

Près de Vinales dans la province de Pinar del Rio, nous sommes accueillis à la coopérative Ramonte qui cultive sur quatre hectares une diversité de produits : tabac, légumes et fruits. „Nous apprenons et nous enseignons“, nous explique Augustin Navarro, un des responsables. Nous y rencontrons en même temps plusieurs professeurs de l'Université de Pinar del Rio qui coopèrent avec cette coopérative sur quatre thèmes : la question du genre, les changements climatiques, la jeunesse et la diversité génétique et technologique.

Nous avons également vu un projet communautaire de conservation des aliments. Ce projet est géré dans un petit local à La Havane par Vilda et Pepe. „Nous développons une technologie nationale de conservation des aliments“, nous raconte Vilda, „nous travaillons avec des fermiers, des enfants, des promoteurs, nous faisons de la formation, nous voulons contribuer à rétablir la souveraineté alimentaire pour le pays“. Le thème de l'alimentation et de la santé occupe nos discussions. Selon Vilda, à Cuba, les services de santé sont excellents, ils sont gratuits, mais la formation des médecins ne comprend pas la question d'une alimentation saine. Notre système de santé est très orthodoxe. Mais nous avons ici un très grand avantage : Il n'y a pas de publicité, ni à la radio, ni à la télévision. ■

Jean Feyder est membre de l'ASTM et membre de SOS Faim Luxembourg.

Cuba

A l'aube de temps nouveaux?

Le 17 décembre dernier, les Présidents Obama et Raul Castro ont annoncé un événement historique : la normalisation des relations diplomatiques entre leurs deux pays, interrompues depuis 1960. Cette annonce a été suivie d'une première visite ministérielle américaine à La Havane les 22-23 janvier 2015.

Jean Feyder

Pour l'écrivain Leonardo Padura, le dialogue annoncé entre les deux pays a eu pour effet immédiat „de nous donner le sentiment de nous réveiller d'un interminable cauchemar, de relâcher la tension qui nous a accompagnés durant un demi-siècle et qui a encouragé à Cuba la culture politique de la forteresse assiégée. Avec cette nouvelle sensation ont surgi les espoirs les plus variés, qui ont redoublé l'allégresse avec laquelle a été saluée le début de l'année 2015“.

Le tourisme est le premier secteur qui pourrait profiter de cette normalisation. Il s'agit d'un des secteurs économiques les plus importants du pays qui accueille déjà trois millions de touristes chaque année. Un million de touristes américains pourraient se rendre à Cuba dès cette année, deux millions l'année prochaine. Il n'est pas sûr si Cuba dispose des capacités suffisantes pour les accueillir. Mais pour certains de nos interlocuteurs, le pays ne devrait pas se laisser exposer à des charges environnementales démesurées. Le développement du tourisme risque également d'augmenter les inégalités entre Cubains.

L'économie serait bien sûr avide d'accepter certains investissements dont le pays a été longtemps privé du fait du blocus économique des Etats-Unis. L'aménagement considérable du port de Mariel avec l'aide du Brésil pourrait à cet égard s'avérer comme un avantage décisif.

Un autre moment historique s'annonce pour le Sommet des Etats des Amériques en mai prochain au Panama, où, après des décennies d'exclusion imposée par les Etats-Unis, Cuba pourra

à nouveau participer. Une nouvelle donne pourrait être créée pour l'avenir des relations entre les Etats-Unis et les pays latino-américains.

Les Cubains soulignent que la normalisation des relations avec les Etats-Unis n'a été soumise à aucune condition de changement de leur système politique ou économique. Les deux parties se sont mises d'accord sur la libération des prisonniers politiques. La libération de tous les cinq prisonniers emprisonnés depuis 1998 est célébrée comme une grande victoire à Cuba. Pourquoi ?

Le blocus économique et les activités terroristes des Etats-Unis

Aucune administration des États-Unis, depuis Eisenhower, n'a renoncé à l'usage du terrorisme d'État contre Cuba. Amircal, notre guide lors de notre

séjour à Cuba, rappelle que la banque BNP Paribas a été condamnée à payer 10 milliards de dollars pour avoir mené des opérations libellées en dollars en violation de l'embargo contre Cuba, l'Iran et le Soudan.

Les Etats-Unis ont commencé des sanctions économiques contre Cuba dès les années 1960 sous forme de réduction des importations de sucre. Un véritable blocus économique a ensuite été décrété sous John Kennedy en 1962. Son impact a été dramatique. En 1959, 79% des exportations de l'île étaient destinées au grand voisin du Nord, 70% des importations en provenaient. En 1992, en violation du droit international, la loi Torricelli interdit à tout bateau ayant accosté dans un port cubain d'avoir du commerce avec les Etats-Unis durant une durée de six mois. En 1996, la loi Helms-Burton sanctionne toute entre-



Photo: Jean Feyder

► Le Capitolio Nacional dans la capitale La Havane.

prise qui s'installerait à Cuba sur des propriétés nationalisées après 1959. Sous le Président George Bush, les visites de citoyens d'origine cubaine à Cuba ont été limitées à quatorze jours tous les trois ans et les dépenses à 50 dollars par jour.

Depuis 1992, l'Assemblée générale des Nations Unies adopte chaque année une résolution à une majorité massive – 188 sur 193 pays en 2014 – qui condamne les sanctions économiques imposées à Cuba.

Les cinq prisonniers

Luis Posada Carriles et Orlando Bosh, deux terroristes notoires, vivent à Miami et bénéficient d'une grande impunité. Ils sont les auteurs du sanglant attentat de Barbade contre un avion civil cubain en octobre 1976 qui a coûté la vie à 73 personnes.

C'est pour prévenir de telles activités que le gouvernement cubain a envoyé plusieurs de ses propres agents

de renseignement à Miami pour réunir des informations sur de futures actions terroristes et d'en prévenir le gouvernement cubain. En 1998, le gouvernement américain fait arrêter cinq Cubains. Ils sont condamnés à de longues peines d'emprisonnement dont deux peines à vie. Une campagne mondiale est menée pour demander leur libération.

Dans le cadre de la normalisation des relations diplomatiques, Cuba obtient leur libération. A Cuba, c'est devenu est des principaux événements politiques. En de nombreux endroits, nous avons vu de grandes affiches montrant ces cinq patriotes.

La santé - la solidarité internationale de Cuba

Amircal nous a expliqué le système de santé à Cuba: "Nous avons une des mortalités infantiles les plus basses au monde, environ 4,2 morts pour 1000 naissances. Les soins de santé sont offerts gratuitement à tous les Cubains.

Le Président Obama a d'ailleurs envoyé une délégation à Cuba pour étudier notre système de santé".

Vingt écoles de santé existent à Cuba. Elles bénéficient d'un bon prestige. Il y a aussi une Ecole de l'Amérique Latine à Cuba où 6000 étudiants de pays en développement obtiennent leur formation en médecine. Celle-ci a lieu durant deux ans à La Havane puis en province.

20 000 médecins cubains dont 60 % de femmes travaillent à l'étranger. Dès 1961, Cuba a envoyé 30 médecins en Algérie. Depuis, 108.000 médecins ont été envoyés dans 101 pays différents pour une période de deux ans. S'il est vrai que les médecins partent sans leur famille, le fait est que, nous répond Amircal, 90 % décident de retourner à Cuba à la fin de ce séjour. Cette coopération assure un bon revenu à Cuba.

L'opération „Milagro“, convenue dans le cadre de l'ALBA avec le Venezuela, prévoit l'envoi de médecins cubains pour y soigner et opérer des patients souffrant de maladies des yeux et



Photo: flickr.com CC / Nick Kenrick

► Scène de rue dans la vieille ville de La Havane.

notamment de la cataracte. Cette action a ensuite été élargie à 31 autres pays comme l'Equateur et la Bolivie, mais aussi à des pays des Caraïbes, de l'Asie et de l'Afrique. C'est dans ce cadre qu'a été opéré en Bolivie le sous-officier qui a tué Che Guevara en 1967. Des cliniques ont été établies dans certains de ces pays avec l'aide des Cubains pour assurer une formation d'un personnel local qualifié.

Un médecin cubain gagne 1200 pesos par mois ce qui correspond à 50 dollars.

La mentalité des Cubains, nous explique Amircal, est d'aller à l'étranger et d'aider. Plus de 400 médecins ont été envoyés en Haïti à la suite du tremblement de terre de 2010. Les Pays-Bas nous ont fourni une assistance financière pour mener à bien cette opération. Nos médecins s'y sont occupés des malades du choléra. Plus de 400 médecins ont été envoyés au Sierra Leone pour y aider les victimes de l'épidémie de l'Ebola.

L'éducation

L'Etat cubain réserve 26 % de son budget à la santé et 24 % à l'éducation. Les classes du primaire comptent en moyenne 20 élèves, celles du secondaire une trentaine. L'accès à l'éducation depuis le préscolaire jusqu'à l'université est gratuit. L'enseignement universitaire porte sur cinq ans sauf pour les études en médecine qui sont de six ans.

La fin des études est suivie par un travail social de trois ans qui peut aussi englober le service militaire.

La période spéciale

Ce fut une période de crise très grave qui a commencé en 1992-93 avec l'effondrement de l'Union Soviétique et l'arrêt brutal des relations économiques et commerciales avec ce pays avec qui Cuba réalisait 80 % de son commerce.

Les Cubains ont manqué de nourriture, il n'y avait pas de viande, le riz était rare, même si, ajoute Amircal, personne n'est mort de faim. En 1994-95, le pays



Photo: flickr.com CC / Glass&Tubes

► Un coiffeur dans le village de Zulueta, au centre de l'île de Cuba.

a importé des millions de bicyclettes pour assurer le transport de ses habitants. Des fabriques ont eu à souffrir de longues heures de coupures d'électricité. Un nombre de Cubains se sont mis à s'organiser de petites parcelles de terre pour produire.

Dès le début des années 2000, la situation s'est progressivement améliorée avec l'essor continu du tourisme et le développement des relations avec le Venezuela sous Hugo Chavez.

La libretta

Le système de la libretta est toujours en vigueur à Cuba. Il s'agit d'une carte d'alimentation et de produits de première nécessité mis à la disposition de chaque Cubain qui lui permet d'acheter ces produits à très bon marché. La libretta demeure un complément indispensable à la survie du peuple cubain, compte-tenu du très bas niveau des salaires.

Un développement durable

Cuba a un footprint écologique en équilibre. En d'autres termes, Cuba est un des rares pays qui connaît un développement durable: il consomme les

ressources naturelles au même rythme qu'elles se reconstituent.

Le défi du futur

Selon Amircal, Raul Castro s'est révélé comme un dirigeant plus pragmatique que son frère Fidel. Il a fait préparer les réformes sur base d'une consultation ouverte des Cubains.

Selon un de nos interlocuteurs marxistes, le défi qui se présente aux Cubains maintenant consiste à démocratiser le système sans tomber dans les pièges du modèle néo-libéral américain. Si tel est le cas, on peut se demander si le David cubain ne dispose pas de l'esprit critique nécessaire à cet effet après avoir su faire preuve, au cours de son histoire, à la fois d'une si ferme et si longue capacité de résistance face au Goliath américain et d'adaptation aussi résolue de son système alimentaire après la disparition de l'URSS ? ■

Jean Feyder est membre de l'ASTM et membre de SOS Faim Luxembourg.

Sources : Le Monde, 21 janvier 2015 / Le Monde Diplomatique, janvier 2015 / Voltairnet.org - Les États-Unis en guerre de basse intensité contre Cuba, par Philip Agee / Un demi-siècle de terrorisme états-unien contre Cuba, par Salim Lamrani

Philippinen

Im Sturmschatten der Soutane

Nach Papst Franziskus' Philippinenbesuch signalisieren die Regierung in Manila und das linke Untergrundbündnis NDFP erneut Gesprächsbereitschaft.

Rainer Werning

Als Papst Franziskus am 19. Januar die Philippinen, die Zitadelle des Katholizismus in Südostasien, verließ, lagen fünf denkwürdige Tage hinter ihm. Die „Papamanie“ in dem Inselstaat, wo sich gut 80 Prozent der 100 Millionen Einwohner zählenden Bevölkerung zum römisch-katholischen Glauben bekennen, war schier überwältigend. Für zahlreiche Filipinos bot diese (nach

1970, 1981 und 1995) vierte Visite eines Papstes in ihrem Land zudem die willkommene Chance, ihre aufwühlenden Sorgen und Nöte im irdischen Jammertal wenigstens für Momente zu vergessen. Als sei's ein Fingerzeig des Herrn, markierte der hohe Besuch gleichzeitig auch die Bereitschaft der Regierung in Manila und des linken, von der kommunistischen Partei (CPP) geführten Untergrundbündnisses der Nationalen Demokratischen Front der Philippinen (NDFP), ihre seit Frühjahr

2013 festgefahrenen Friedensverhandlungen wieder aufzunehmen. Als Goodwill-Geste hatten beide Seiten eine Feuerpause vereinbart, die ebenfalls am Abreisetag des Pontifex endete.

Gelingt dem Vatikan, ähnlich wie Ende 2014 im Falle der plötzlichen Annäherung zwischen Washington und Havanna, ein weiteres Einlenken zweier seit Jahrzehnten miteinander im Clinch liegender politischer Kontrahenten? Katholizismus und Kommunismus – in den Philippinen schließt das eine das



Photo: flickr.com CC

► Die Begeisterung bei der Bevölkerung über den Besuch von Papst Franziskus war schier überwältigend.

andere keineswegs aus. Eine der ältesten und bedeutsamsten Mitgliedsorganisationen der NDFP sind die „Christen für nationale Befreiung“ (CNL). Gemeinsam mit Menschenrechtsorganisationen und Persönlichkeiten des öffentlichen wirkten sie in den vergangenen Wochen verstärkt auf eine Wiederaufnahme der Friedensgespräche hin. Nachdruck verlieh dieser Forderung der mehrtägige Hungerstreik anlässlich der Papstvisite von 491 politischen Gefangenen in landesweit etwa 50 Gefängnissen.

Was Außenstehenden paradox erscheint, entspricht seit annähernd drei Jahrzehnten dem Modus operandi beider Antagonisten. Die Ende 1968 gegründete CPP, ihre ein Jahr später entstandene Guerilla der Neuen Volksarmee (NPA) und die 1973 geschaffene NDFP verfolgen als Maximalziel die Schaffung einer Demokratischen Volksrepublik. Der Weg dorthin soll – im Sinne Mao Tse-tungs – über einen „langwierigen antiimperialistischen und antifeudalen Krieg“ führen, in dessen Verlauf die Städte schrittweise vom Hinterland her eingekreist und schließlich im Zuge militärischer Endoffensiven eingenommen werden sollen.

Nach dem Sturz der Marcos-Diktatur Ende Februar 1986 war es unter der neuen Präsidentin und Mutter des jetzigen Präsidenten, Corazon C. Aquino, zur ersten Verhandlungsrunde zwischen Manila und der NDFP-Führung gekommen. Nach ständigem Auf und Ab der vorwiegend in den Niederlanden stattgefundenen Gespräche setzten beide Seiten bis 1998 immerhin ihre Unterschrift unter zwei wegweisende Dokumente – das Gemeinsame Abkommen über Sicherheits- und Immunitätsgarantien (JASIG) und das Umfassende Abkommen zur Wahrung der Menschenrechte und des Internationalen Humanitären Rechts (CARHRIHL).

Aus den Fugen gerieten die beidseitigen Verhandlungen, nachdem die USA und die EU in wohlwollender Übereinstimmung mit der Regierung in Manila

die CPP und NPA sowie José Maria Sison als „terroristisch“ brandmarkten. Zum Verdruss der norwegischen Regierung, die ihre Rolle als zwischenzeitlich akzeptierter Konfliktmediator konterkariert sah, Manila suspendierte die Verhandlungen im August 2005. Zwar wurden sie Anfang 2011 in Oslo wieder aufgenommen. Doch anstatt sich nunmehr der Ausarbeitung eines Umfassenden Abkommens über sozioökonomische Reformen (CASER), dem Themenkomplex Politische und Verfassungsmäßige Reformen (PCR) und schließlich den Modalitäten einer Beendigung der Feindseligkeiten sowie Demobilisierung der Guerillaeinheiten zu widmen, herrschte alsbald erneut Stillstand. Die Regierungsseite zog die Ernsthaftigkeit der NDFP-Verhandlungsführer in Zweifel. Und diese beschuldigten die Regierung, über ein Dutzend ihrer akkreditierten Berater unrechtmäßig hinter Gittern gesperrt und so das JASIG verletzt zu haben.

Zum Jahreswechsel gab es erneut ein Wechselbad aus martialischen und versöhnlichen Gesten. Da feierte die CPP am zweiten Weihnachtstag den 46. Jahrestag ihrer Gründung mit dem Appell an alle Mitglieder, „den langwierigen Volkskrieg gegen den US-Imperialismus und die einheimischen Ausbeuterklassen der Großkompradoren und Großgrundbesitzer auszuweiten“. Derweil ließ Jorge Madlos, als Sprecher der NDFP auf der südlichen Hauptinsel Mindanao besser unter seinem nom de guerre „Ka (Genosse) Oris“ bekannt, keine Gelegenheit aus, sich in Selfies mit Politikern ebenso wie mit Nonnen in Szene zu setzen. In Marihatag in der Provinz Surigao del Sur erklärte Madlos vor mehreren tausend erschienenen Gästen, die CPP unterhalte in der Region nicht nur 46 Guerillafronten. Allein 2014 hätte die NPA annähernd 300 Angriffe geführt und die Mitgliedschaft der CPP habe sich um „Zehntausende neuer Mitglieder“ erhöht. Konkrete Zahlen nannte er allerdings nicht.

In dem ebenfalls am 26. Dezember



► Es war nach 1970, 1981 und 1995 die vierte Visite eines Papstes auf den Philippinen.

2014 veröffentlichten Statement des Zentralkomitees der CPP mit dem sperrigen Titel „Die Welle der Revolution in den Philippinen steigt an, während sich die chronische Krise des herrschenden Systems verschärft“ wird „zum Sturz des Aquino-Regimes“ aufgerufen. Gleichzeitig signalisierte die CPP-NDFP-Führung ihre Bereitschaft, die seit Februar 2013 gekappten Friedensverhandlungen mit der Regierung wieder aufzunehmen. José Maria Sison, seit langem im niederländischen Utrecht im Exil lebender CPP-Gründungsvorsitzende und politischer Chefberater der NDFP, schloss sogar eine persönliche Begegnung mit Präsident Aquino nicht aus. Dessen Beraterin für den Friedensprozess, Teresita Quintos-Deles, erklärte ihrerseits, nach diversen Sondierungsgesprächen und der Visite von Papst Franziskus sei eine Wiederaufnahme der bilateralen Gespräche und selbst ein Aquino-Sison-Treffen durchaus denkbar. ■

Francisco Sionil José

Der Buddha mit der Baskenmütze

Aperçus über den 90-jährigen Autor und bedeutendsten zeitgenössischen Literaten der Philippinen.

Rainer Werning

Große, zumal offizielle Empfänge sind nicht seine Sache. Erst recht nicht, wenn diese zu seinen Ehren inszeniert werden. Doch damit muss sich der 1924 im Örtchen Rosales in der philippinischen Provinz Pangasinan geborene Francisco Sionil José nun einmal nolens volens abfinden. Schließlich verkörpert der von engen Vertrauten und FreudInnen kurz „Manong Frankie“, „älterer Bruder Frankie“, Geehrte wie kein anderer seiner schreibenden Zunft ein turbulentes Stück Zeitgeschichte des südostasiatischen Inselstaates.

Witz, Schlagfertigkeit, Humor und ein gerüttelt Maß an wohl dosierter Selbstpersiflage sind bis heute ein Markenzeichen dieses Mannes geblieben, der wie ein in sich ruhender Buddha mit Baskenmütze verwundert sein eigenes hohes Alter bestaunt und die Torheiten seiner weitaus jüngeren ArtgenossInnen ebenso süffisant belächelt wie schonungslos geißelt. Mehrfach wurde „Manong Frankie“ anlässlich seines 90. Geburtstages im Dezember 2014 gefragt, was das Geheimnis seines langen Lebens sei und was es mit der Baskenmütze auf sich habe. „Ganz einfach“, erwiderte er, „die Guten sterben früh und die Mütze schützt mich vor Lungenentzündung.“

Die weitaus meiste Zeit seines Lebens verbrachte Frankie mit seiner Frau Tessie in der Padre Faura Street in Manilas altem Stadtbezirk Ermita. Dort entstand vor 50 Jahren, im März 1965, mit dem Solidaridad Book Shop samt Galerie die bestsortierte Buchhandlung in der Metropole. Bis heute ist es der Treffpunkt par excellence von AutorInnen, Intellektuellen sowie Kunst- und Kulturschaffenden. Alles, was im nationalen wie internationalen Literatur-

geschehen Rang und Namen hat, ging hier ein und aus – von Norman Mailer über Günter Grass bis Mario Vargas Llosa. Um sich und seinen Ideen ein Forum zu verschaffen, gründete er das englischsprachige Journal *Solidarity*, in dem über (regional-)politische Themen hitzig debattiert, wirtschaftspolitische Entwürfe präsentiert, das Neueste im Kulturgeschehen publiziert und Alt- wie JungautorInnen eine Plattform für Kurzgeschichten und Lyrik geboten wurde.

Lesen, leben, schreiben

Geboren wurde F. Sionil José am 3. Dezember 1924 als Kind einer Landarbeiterfamilie in dem kleinen Dorf Rosales in der nordwestlich von Manila gelegenen Provinz Pangasinan. Seinen Weg zur Literatur fand er, wie er selber immer wieder gern betont, dank der Bücher der katholischen Leihbibliothek und der einzigen Straßenlaterne im Dorf, unter der er viele Abendstunden lesend verbrachte, sofern Moskitos ihm nicht das Schmökern vermiesten.

Hautnah erlebte er schon früh Konflikte zwischen Großgrundbesitzern und Landarbeitern, den übermächtigen Einfluss der katholischen Kirche und die Bedeutung der eigenen Kultur. Gewalt war omnipräsent: ausgeübt durch verbliebene spanische *Hacienderos*, US-Amerikaner als neue Kolonialherren, Mestizen und philippinischen *Parvenüs*. Hinzu kamen die Gewalterfahrungen während des Zweiten Weltkriegs, als die Japaner das Land

besetzten. Damals pendelte José häufig zwischen Manila und seinem Heimatort und versorgte seine Verwandten in der Hauptstadt mit Reis. Im Juni 1944 schrieb er sich als Medizinstudent an der altherwürdigen, von Dominikanern gemanagten University of Santo Tomas in Manila ein.

Traditionsbewusst

Mit Beginn seines Studiums der Literatur in Manila im Jahr 1946 begleitete, kommentierte und verarbeitete Frankie als Journalist und Schriftsteller die Ereignisse seiner Zeit. „Nach dem Zweiten Weltkrieg waren wir das modernste, fortschrittlichste Land in Südostasien. Zahlreiche Studierende aus der Region besuchten unsere Hochschulen, um an ihnen ihren akade-



Photo: cbrainard.blogspot.com

► Francisco Sionil José, genannt „Manong Frankie“.

mischen Abschluss zu machen. Als ich damals in die Nachbarländer reiste, schockierte mich allerorten die Rückständigkeit. Jakarta und Kuala Lumpur waren Dörfer. Das höchste Gebäude in Bangkok war gerade mal der (Tempel) Wat Arun. Seoul und Taipeh waren ruhig und wirkten verschlafen, von Pferden gezogene Karren und Fahrräder beherrschten das Straßenbild mit seinen niedrigen Ziegelhäusern – eine Hinterlassenschaft der Japaner. All diese Städte sind heute nicht mehr wiederzuerkennen. Natürlich hat auch Manila seine Wolkenkratzer. Doch dahinter liegen überall Slums – traurige Wegzeichen unseres Niedergangs.“ Das sind Passagen aus einem Vortrag, den Frankie am 5. Mai 2005 an der kalifornischen Stanford University zum Thema „Literature as History“ hielt. „Das Problem ist“, sagt er im persönlichen Gespräch, „dass unsere Elite zu amerikahörig ist und unsere Linken zu chinahörig waren. Man muss sich der eigenen Traditionen und Werte besinnen. Nur so schöpft man die Kraft, die notwendig ist, um wahre Fortschritte zu erzielen.“

Im Zentrum des Werks von José steht neben zahlreichen Kurzgeschichten und Essays der Rosales-Zyklus mit den fünf Romanen *The Pretenders*, *Tree*, *My Brother*, *My Executioner*, *Mass* und *Po-on*, in denen er am Beispiel des Schicksals einer Familie ein Jahrhundert philippinischer Geschichte Revue passieren lässt – von 1872, als drei Priester wegen ihres Protests gegen die Kolonialmacht und Bigotterie der mächtigen römisch-katholischen Kirche von den Spaniern hingerichtet wurden, bis 1972, als Ferdinand E. Marcos das Kriegsrecht über die Inseln verhängte.

In dem Roman *Gagamba* – *The Spider Man* (1991) nutzt der Verfasser ein Erdbeben als Metapher für die notwendige Erschütterung der philippinischen Gesellschaft, um zu einem neuen Aufbruch zu kommen. In *Viajero* (1993) betont er die Notwendigkeit, zu den eigenen kulturellen Wurzeln zurückzufinden, und in *Sin* (1994)

appelliert er vor dem Hintergrund der vielfältigen moralischen Verirrungen in der Gesellschaft an die eigene Kraft der Unterdrückten, die seit Rizal immer wieder als Potenzial für die Gewinnung von Zukunft beschrieben wurde.

Stets streitbar

Bis heute greift Frankie durch Vorträge und seine Kolumne *Hindsight* (Im Rückblick) in der Tageszeitung *The Philippine Star* mit Verve auch in tagespolitische Debatten ein. Grassierende Korruption, hirnlose und raffgierige PolitikerInnen, mediokre Gestalten in

der Baskenmütze, noch einmal jenes Thema aufzugreifen, das ihm ebenfalls sehr am Herzen liegt und über das wir uns über all die Jahre hinweg zig Male austauschten. „Was wir zuletzt anlässlich des Papstbesuchs erlebten“, schrieb er am 18. Januar in seiner *Philippine Star*-Kolumne, „war nicht Religiosität, sondern Aberglauben. Wären wir wirklich religiös, befände sich unser Land nicht in solch erbärmlichem Zustand und wir wären ein Volk von aufrechten und moralischen Menschen. Man stelle sich vor, die massive Manifestation von Pietät während der Papstvisite hätte sich, anstatt Wunder herbeizuflehen, in

Womöglich wird Frankie auch die politische Ära Aquinos überleben, die Ende Juni 2016 endet. Den Griffel wird er jedenfalls nicht beiseite legen.

Verwaltung und Bürokratie erregen ungebrochen seinen Zorn. Wäre er nicht ein so „klappriges Gestell“, sagt er verschmitzt, würde es ihn in den Untergrund treiben. Den amtierenden Präsidenten und Spross eines Großgrundbesitzerclans, „Noynoy“ Aquino, mahnte er bereits vor dessen Amtsantritt am 23. Mai 2010 in einem Offenen Brief mit den Schlussworten: „Ich bin 85 Jahre alt und zutiefst verzweifelt darüber, wie drei Generationen unserer politischen Führer versagt haben! Bevor ich sterbe, lassen Sie mich bitte dieses unglückliche Land als einen Ort erleben, der nicht länger mehr einer Müllhalde gleicht. Sie können der lange erwartete Messias sein, aber nur dann, wenn Sie kühn und weise genug sind, jenes Versprechen einzulösen, das zu verwirklichen Ihrem Vater verwehrt blieb.“

Womöglich wird Frankie auch die politische Ära Aquinos überleben, die Ende Juni 2016 endet. Den Griffel wird er jedenfalls nicht beiseite legen. Als sei es ein Fingerzeig des Herrn, animierte die Philippinenvisite von Papst Franziskus Mitte Januar den Buddha mit

einer Weise Bahn gebrochen, dass sich Millionen von Gläubigen zu den Glitzerfassaden von Makati, zum Malacañang-Palast und Kongressgebäude aufgemacht hätten, um den Mächtigen ihre wirkliche Macht zu demonstrieren! Vom Rathaus in Manila ganz zu schweigen, dessen Personal es bis heute nicht einmal schafft, die City sauber und sicher zu halten. Dann könnten sie erkennen, dass sie letztlich selbst dafür verantwortlich sind, durch die Wahl machthungriger Gauner, nur weil diese populär sind, in Apathie zu verharren und durch beredte Prediger hypnotisiert und in ihrem Aberglauben bestärkt zu werden.“ ■

Dr. Rainer Werning, Politikwissenschaftler und Publizist mit dem Schwerpunkt Südost- und Ostasien, befasst sich seit 1970 mit den Philippinen. Er ist Philippinen- und Korea-Dozent an der Akademie für Internationale Zusammenarbeit (AIZ), Bad Honnef, und z. Zt. Lehrbeauftragter am FB Sozialwissenschaften der Universität Osnabrück.

Livre

Retournez les fusils ! Choisir son camp.

Jean Ziegler était rapporteur spécial à l'ONU pour le droit à l'alimentation de 2001 à 2008, aujourd'hui membre du comité consultatif du Conseil des droits de l'homme des Nations Unies, il est professeur émérite de sociologie à l'université de Genève. Son nouveau livre „Retournez les fusils! Choisir son camp“ (Seuil 2014) est un réédition de son ouvrage du même nom paru en 1980 qu'il a entièrement retravaillé.

Jean Feyder

A quoi sert un intellectuel ? Voilà la question à laquelle Jean Ziegler répond d'entrée de jeu en soulignant qu'aucun savoir n'est neutre. Et que comme toute science, la sociologie est un outil qui libère ou opprime. Comment naissent les inégalités parmi les hommes, est la question traitée au deuxième chapitre à partir de la pensée de Jean-Jacques Rousseau ? Aux troisième et quatrième chapitres, l'auteur examine l'origine et la fonction des idéologies d'une part, de la science d'autre part. Il y analyse l'idéologie néolibérale qui a pris sa source chez Adam Smith et David Ricardo. Le cinquième chapitre porte sur l'aliénation des consciences qui a fait, ces dernières années, de formidables progrès. Le sixième explique le concept de l'Etat, présenté notamment comme arme des puissants. Le septième celui de nation, de son développement en Europe puis en Afrique où règnent la faiblesse des élites et les complicités extérieures. Le huitième chapitre analyse comment naît et se produit la société. Au neuvième, Jean Ziegler explique de qui il est l'héritier, qui a nourri et nourrit encore sa pensée. Un message d'espoir termine le livre : l'émergence d'une nouvelle société civile planétaire, à l'exemple des mouvements paysans comme La Via Campesina. Elle vise la destruction de „l'ordre cannibale“ du monde ayant conduit à des désastres comme celui du Rana Plaza au Bangladesh. De cette société-là, ce livre veut armer le combat.



Jean Feyder est membre de l'ASTM.

Photo: ASTM



Rezension

By design or by disaster?

Mit „Transformationsdesign. Wege in eine zukunftsfähige Moderne“ (Oekom Verlag 2014) beschwört Harald Welzer als der momentan wohl angesagteste Wachstumskritiker, zusammen mit Ko-Autor Bernd Sommer, ein weiteres Mal den Pfadwechsel hin zu einer reduktiven Moderne. Und sagt dabei wenig Neues.

Tobias Wildner

„Die Zukunft ist auch nicht mehr das, was sie mal war.“ Dieser wunderbare Satz, der unter anderem Karl Valentin zugeschrieben wird, steht ganz zu Beginn des neuen Buches der beiden Nachhaltigkeitsforscher Harald Welzer und Bernd Sommer. Was bei dem bayerischen Komiker Valentin einst mit einem deutlichen Augenzwinkern daherkam, ist in Zeiten von Klimawandel und Ressourcenübernutzung allerdings bitterer Ernst. Die Zukunft und ihre Gestaltung, so die ausgehende Überlegung der beiden Autoren, seien kein Gegenstand der Politik mehr. Insbesondere die frühindustrialisierten Länder würden nur mehr den Krisen der Gegenwart hinterher hecheln anstatt beherzt in die Zukunft zu schreiten und diese aktiv zu gestalten. Nur noch eine Frage der Zeit, bis das marode, von einer oberflächlichen Innovationskultur getriebene System zusammenbricht. Mit einem leicht apokalyptischen Hintergrundrauschen folgt der lakonische Befund: „Eine Gesellschaft, die über ihren Fortbestand angesichts sich dramatisch verändernder Umweltbedingungen nicht nachdenkt, kann nicht fortbestehen. Das heißt: Sie wird unter großen menschlichen Kosten peu à peu zerfallen.“ Nichts Geringeres als Demokratie, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, soziale Gerechtigkeit und Solidarität sehen die Autoren dabei gefährdet. Die Transformation der Gesellschaft als Ganzes ist in ihrer Sicht unausweichlich. Die gute Nachricht: Wir können die Veränderung gestalten. Tun wir dies nicht, so Bernd Sommer und Harald Welzer, werden wir uns mit dem Chaos begnügen müssen, das in diesem Fall zwangsläufig über die

Photo: ASTM

**BERND SOMMER
HARALD WELZER**

**TRANS
FORMATIONS
DESIGN**
**Wege in eine
zukunftsfähige
Moderne**

/||| oekom

Welt hereinbricht. Kurz gesagt: Transformation „by design or by disaster“.

Eine ganze Reflexionsindustrie zum Thema Nachhaltigkeit

Dieses Buch versammelt auf der Grundlage gründlicher Recherche zweifelsohne viele kluge Gedanken. So weisen Bernd Sommer und Harald Welzer, der mit seinem Buch „Selbst denken. Anleitung zum Widerstand“ (siehe BP 278) völlig zu Recht einer breiteren Öffentlichkeit bekannt wurde, darauf hin, dass sich mittlerweile eine ganze Reflexionsindustrie zum Thema Nachhaltigkeit etabliert hat. Diese existiert völlig problemlos neben den anhaltend nicht-nachhaltigen Produktions- und Konsummustern unserer Zeit. Eine Logik von gesellschaftlicher Arbeits- und Funktionsteilung, die für moderne Gesellschaften geradezu charakteristisch sei. Aufschlussreich ist auch das gezeigte Verhältnis von „Human Development Index“ und ökologischem Fußabdruck. Kein einziges Land weltweit mit einem sehr hohen Entwicklungsstand im Sinne des HDI erfüllt gleichzeitig die Minimal-kriterien für globale Nachhaltigkeit.

Soweit so informativ. Viele andere Beispiele und Gedanken sind, bei aller grundsätzlicher Bedeutsamkeit, jedoch aus zahlreichen anderen Publikationen zum Thema sattem bekannt. Vom ausführlichen Befund einer strukturellen Nicht-Nachhaltigkeit westlicher Lebensweisen über Beispiele für große Transformationen im Lauf der Geschichte – die Neolithische und die Industrielle Revolution, Abolitionismus, Frauen- und Gleichstellungsbewegungen – bis hin zur Geißelung eines technoiden Transformationsverständnisses, dem Mythos vom grünen Wachstum und der Aufregung über green everything.

Erst das Problem, dann die Lösung

Interessanter wird es naturgemäß bei der Frage, wie es nun weitergeht.

Wie also der Weg in eine „reduktive Moderne“ aussehen kann. Hier machen Welzer und Sommer eine zentrale Struktur aus, ein „Transformationsdesign“, das allen erfolgreichen Ansätzen von Reduktion zugrunde liege. Demnach sei es entscheidend, wieder in aller Ernsthaftigkeit die Frage zu stellen, welche Mittel erforderlich seien, um ein bestimmtes Problem zu lösen oder ein Ziel zu erreichen. Im Gegensatz zur konventionellen Konsuminfrastruktur, die stets Lösungen für Probleme bereit halte, von denen wir gar nicht wissen, dass wir sie überhaupt haben. Heruntergebrochen kann das bedeuten: für

Demnach sei es entscheidend, wieder in aller Ernsthaftigkeit die Frage zu stellen, welche Mittel erforderlich seien, um ein bestimmtes Problem zu lösen oder ein Ziel zu erreichen. Im Gegensatz zur konventionellen Konsuminfrastruktur, die stets Lösungen für Probleme bereit halte, von denen wir gar nicht wissen, dass wir sie überhaupt haben.

einen Vier-Quadratmeter-Garten einen mechanischen ultrastabilen Spindelrasenmäher kaufen statt einen lärmenden Benzinmäher. Oder: von Berlin nach Essen entspannt mit der Bahn fahren und früher ankommen statt busy zu fliegen und dafür Stunden für den Flughafentransfer zu verschwenden. Oder besser noch: sich fragen, ob man überhaupt unbedingt nach Essen muss. Das ist zweifelsohne richtig. Besonders originell allerdings nicht.

In einem weiteren Schritt wird unter Transformationsdesign dann auch noch die Resilienzforschung, also die Erforschung von (sozialer) Widerstandsfähigkeit, und die Frage nach dem guten Leben subsumiert, die es demokratisch auszuhandeln gelte. Trennschärfer wird der Begriff dadurch nicht. Möglicherweise könnte dies aber als Versuch verstanden werden, den vom Kapita-

lismus mittlerweile bestens eingetragten Nachhaltigkeitsbegriff durch einen neuen, frischeren auszutauschen.

Überhaupt interessieren sich die beiden Autoren leider kaum dafür, was passiert, wenn Nachhaltigkeit an der Schwelle zum Massenphänomen steht und dabei Gefahr läuft, als purer Lifestyle oder Political Correctness von kapitalistischen Systemen vereinnahmt und ausgehöhlt zu werden. Spätestens seit Jaron Lanier ist bekannt, wie beispielsweise das ursprünglich reduktiv gedachte Sharing-Prinzip virtuos von erzkapitalistischen Start-ups vereinnahmt wird. So lässt sich bei der Priv-

atixvermittlung Uber oder der Internetplattform airbnb zur Vermittlung privater Ferienwohnungen problemlos beobachten, wie nicht nur der Unternehmensprofit an erster Stelle steht, sondern auch klassische Arbeitnehmerrechte wie die Einhaltung von Arbeitszeiten oder die soziale Absicherung systematisch ausgehebelt werden.

Burnout im Projekte-Klein-Klein

Was bei Sommer und Welzer am Ende bleibt, ist dann doch wieder „nur“ ein Aufgehen in Best Practice und Altbekanntem: Transition Towns, Divestment, Gemeinwohlökonomie, bedingungsloses Grundeinkommen, Commons, Postwachstumsökonomie. Das Lob in Richtung des Wachstumskritikers Niko Paech mit seinem vergleichsweise umfassenden Entwurf

einer Postwachstumsökonomie klingt dabei schon fast wie der verzweifelte Ruf nach etwas mehr als nur einzelnen Ideen und Projekten. Diesem Anspruch werden die beiden Autoren selbst leider nur wenig gerecht, allen Versuchen zum Trotz, den einzelnen Betrachtungen mit Hilfe von Norbert Elias und anderen eine soziologisch fundierte theoretische Unterfütterung zu geben. Damit versuchen Bernd Sommer und Harald Welzer, der als Honorarprofessor für Transformationsdesign Ende letzten Jahres nun auch zum Mitglied des Rates für Nachhaltige Entwicklung der Deutschen Bundesregierung berufen wurde, genauso wie beispielsweise Rob Hopkins, der Begründer der Transition Town Bewegung, über das schöne, aber auf Dauer zermürende Projekte-Klein-Klein hinaus zu kommen. Letzterer kritisiert neuerdings auffallend deutlich die Tyrannei der Freiwilligkeit und verweist auf die hohen Burnout-Raten unter Aktivisten. „Wir können die Revolution nicht Donnerstagabend machen, nachdem wir die Kinder ins Bett gebracht haben“, begründet Hopkins sein Umdenken hin zu einer stärkeren Orientierung in Richtung ernsthafter, alternativer Wirtschaftsmodelle.

Viele kleine Transformationen statt großer Theorie

Dass sich die große Theorie, der große Wurf bei Harald Welzer und Bernd Sommer nicht finden lässt, könnte allerdings noch einen anderen Grund haben. Für sie geht es eben gerade nicht um die „Große Transformation“, die sich nach einem Masterplan zeitgleich rund um den Globus vollzieht, sondern vielmehr um „eine Kombinatorik unterschiedlichster Technologien, politischer Interventionen und sozialer Praktiken, die sich bewährt haben, mit solchen die gebraucht werden, um ein zivilisiertes – also demokratisches, freies, sicheres, gesundes, gebildetes – Leben bei einem drastisch verringerten Naturverbrauch führen zu können.“

Vor allem ein Aspekt sticht dann aber doch ins Auge. Transformation bedeute immer auch Machtumverteilung, bedeute Kampf. Leider bleibt diese mit einiger Vehemenz vorgebrachte Ansage im weiteren Verlauf des Textes ziemlich nebulös und wenig konkret. Trotzdem tritt damit im Gegensatz zu früheren Betrachtungen Welzers die politische Ebene wieder mehr in den Vordergrund. Neben den Widerstand gegen sich selbst, die lifestylegeprägte Etablierung einer nachhaltigen kulturellen Praxis, die „eleganter, lustvoller und aufregender“ sein müsse als die „alt gewordene Parteipolitik“, tritt jetzt auch wieder die Politik als relevanter Akteur für die Setzung von Rahmenbedingungen.

Von der ökologischen Frage zur sozialen Frage

Die ökologische Frage ist damit nicht mehr nur eine Frage des Einzelnen. Sie wird, so die beiden Nachhaltigkeitsforscher, zur sozialen Frage. Es mag an dieser Stelle interessant erscheinen,

dass diese Überlegung geradezu gegen- gleich zu vielen Bewegungen in der Entwicklungszusammenarbeit verläuft, die zumeist ausgehend von der sozialen Frage zur ökologischen Frage kommen.

Zum abgenutzten Schlagwort der Nachhaltigkeit ist in „Transformationsdesign“ zu lesen: „Je mehr man über etwas redet, desto weniger ist es gegeben.“ Leider wird man nach der letzten Seite dieses Buches das Gefühl nicht los, dass dieser Satz irgendwie auch auf die von Harald Welzer und Bernd Sommer bemühte Transformationserzählung zutrifft. Was bleibt einem da anderes als frei nach Karl Valentin aufzuseufzen: Neue Gedanken sind schön, machen aber viel Arbeit. ■

Tobias Wildner ist Mitglied der ASTM

► *Bernd Sommer / Harald Welzer: Transformationsdesign. Wege in eine zukunftsfähige Moderne, München: oekom, 2014. ISBN 978-3-86581-662-7. Verfügbar zur Ausleihe im Citim (citim.lu)*



Photo: Das blaue Sofa / Club Bertelsmann

► Harald Welzer ist Honorarprofessor für Transformationsdesign und seit Ende 2014 Mitglied des Rates für Nachhaltige Entwicklung der Deutschen Bundesregierung.

Le coin des lectures

Jacques Bastin et al. :

Etat des résistances dans le Sud: Luttes syndicales

La mondialisation a considérablement modifié la configuration et la marge de manoeuvre des mouvements syndicaux, au Sud comme au Nord. Le chômage de masse, la précarisation généralisée de l'emploi et la montée du travail informel, le retour en force du capital, plus mobile et plus fluide, les politiques répressives ou néolibérales antisyndicales, le morcellement et l'éclatement des statuts des travailleurs combinent leurs effets et obligent les syndicats à s'adapter. Une des questions stratégiques essentielles qui se pose dès lors est le type d'alliance à construire avec les autres mouvements sociaux et/ou avec les gouvernements ?

Alternatives Sud, Volume 21-2014/4 : 243 pages



A. Bernard de Raymond, F. Gourlet (coord): Sociologie des grandes cultures Au coeur du modèle industriel agricole

Les grandes cultures ont longtemps constitué un laboratoire pour l'élaboration d'un modèle industriel en agriculture. Cet ouvrage étudie les transformations contemporaines des grandes cultures, et montre en quoi elles constituent encore, dans un contexte de globalisation des marchés agricoles, un foyer d'innovations hétérogènes, aussi bien productives, que marchandes ou politiques, mais aussi la cible privilégiée de la critique de l'agriculture productiviste.

Editions Quæ, 2014 : 227 pages

Alke Jenss, Stefan Pimmer (Hrsg.) :

Der Staat in Lateinamerika: Kolonialität, Gewalt, Transformation

In Europa spielen lateinamerikanische Theorien kaum eine Rolle. Das will dieser Band ändern und staats-theoretische Perspektiven aus Lateinamerika einem deutschsprachigen Publikum zugänglich machen. Nicht zuletzt bieten die lateinamerikanischen Erfahrungen trotz aller Unterschiede wichtige Hinweise für das Verständnis und die Analyse europäischer Krisenprozesse.

Westfälisches Dampfboot, 2015 : 321 Seiten





Le Centre d'Information Tiers Monde (CITIM) est une bibliothèque de prêt qui propose, depuis 1982, une documentation spécialisée sur la coopération internationale et le développement durable. Au CITIM vous trouvez des ouvrages thématiques et scientifiques, de la littérature, des livres pour enfants et adolescents, des journaux spécialisés, du matériel et des coffres pédagogiques. L'emprunt du matériel est gratuit.

55, avenue de la Liberté - Luxembourg-Gare

tél.: 400 427-31 / citim@astm.lu / www.citim.lu

Heures d'ouverture: ma: 14h-18h, me-ve: 11h-18h, sa: 11h-13h

Le CITIM est un service de l'Action Solidarité Tiers Monde

citim
CENTRE D'INFORMATION TIERS MONDE



6^e Edition

CINÉMA DU SUD



THE WORLD IN OUR HANDS

DESSINONS NOTRE AVENIR ENSEMBLE!

Ciné Utopia

1 film chaque 2^e mercredi du mois en 2015
(sauf en août et décembre)

Chaque projection sera suivie d'un débat.

Organisé par le Consortium «Cinéma du Sud»

avec le soutien de

